

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Wolk und Welt' mit 'Siedlung und Kleingarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Reklameweile 30 Pfennig, Reklameweile 5.- Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das festgedruckte Wort 25 Pfennig (auflösl. zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeld das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion Dönhofs 202-205
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 15. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direction der Postkonten-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Noch kein Gas- und Wasserstreik.

Der Weg zu Verhandlungen bleibt offen.

Das bisher festgestellte Resultat der Abstimmung der Gas- und Wasserwerksarbeiter über die Annahme des nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters von den Direktionen gemachten Vergleichsvorschlages einer Lohnzulage von 2 Pfennig pro Stunde ergab

4873 Stimmen für Ablehnung
559 Stimmen für Annahme
44 Stimmen waren ungültig.

Die gestrige Funktioneversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter nahm zu diesem Ergebnis Stellung. Es wurde berichtet, daß auch neue Verhandlungen zu keiner Einigung geführt haben, und daß der Verband das Arbeitsministerium zur Vermittlung angerufen hat.

In der Versammlung wurde der für verbindlich erklärte Schiedspruch des Schlichters einer heftigen Kritik unterzogen. Lagodczinski verwies darauf, daß durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters ein geschwächter Zustand herbeigeführt worden sei, an dem die Organisation nicht ohne weiteres vorübergehen könne. Der Redner verwies weiter darauf, daß der Hauptvorstand des Verbandes seine Genehmigung zu einem Streik geben müsse. Der Hauptvorstand ist jedoch augenblicklich infolge wichtiger auswärtiger Beratungen nicht in Berlin anwesend.

Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, zunächst eine Kommission zu wählen, die heute sofort zusammentreten und dann in Gemeinschaft mit dem Hauptvorstand alle weiteren Maßnahmen treffen soll. Im Falle des Streiks werden die Kassaarbeiten gemäß den Vereinbarungen mit dem Polizeipräsidenten vom Jahre 1923 ausgeführt werden.

Durch diesen Beschluß ist der Weg zu weiteren Verhandlungen offen gelassen.

Der bisherige Verlauf der Bewegung.

Die städtischen Werkarbeiter haben die Löhne für gleichartige Arbeiten in der Privatindustrie mit ihren eigenen verglichen und dabei gefunden, daß, selbst unter Berücksichtigung der sozialen Zulagen, sie weit hinter den Arbeitern im Kohlenhandel und anderen Betrieben zurückstehen. Um einen Ausgleich für die gesteigerten Lebenshaltungskosten zu finden, forderten sie eine Erhöhung ihres Stundenlohnes um 20 Pf. Darüber hätte sich reden lassen. Allein weder die Direktionen noch der Magistrat ließen mit

sich reden, so daß es zu Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß kam und hier zu einem Schiedspruch, der jedes Zugeständnis vor Mitte August ablehnte. Erst ab 1. August sollte das verlängerte Lohnabkommen mit vierzehntägiger Frist kündbar sein. Daß die Arbeiter sich damit nicht einverstanden erklärten, ist ohne weiteres klar. Denn mit Wochenlöhnen zwischen 28 und 36 M., ohne die verschiedenen Abzüge, ist schlecht auszukommen.

Die Verhandlungen vor dem Schlichter verliefen ebenfalls ergebnislos, da die Vertreter der Direktionen nicht das geringste Entgegenkommen zeigten. Der Schlichter glaubte mit dem Vorschlag zu einer Einigung zu kommen, die Löhne um zwei Pfennig zu erhöhen. 'Grundfährlich' erklärten die Vertreter der Werke sich hierzu bereit. Die Arbeitervertreter lehnten ab, worauf der erwähnte Schiedspruch, der die Arbeiter bis zum 15. August vertritt, für verbindlich erklärt wurde.

Was nun?

Die Achtung vor einem verbindlichen Schiedspruch ist notwendig, soweit sie irgend möglich ist. Die Arbeiter der Gaswerke traten in passiver Resistenz. Und nun, da man sah, daß die Karte verfahren war, wollten die Direktionen sich großmütig zeigen und über den verbindlich erklärten Schiedspruch hinaus die zwei Pfennig Lohnhöhung zahlen.

Es ist nicht private Gewinnsucht, was die Direktionen zu ihrem Verhalten treibt. Es scheint jedoch, als ob sie bei ihren Plänen für die nächste Zukunft der Werke den Lohnfaktor nicht gebührend berücksichtigt haben. Ein Streik, von dem wie in Berlin bereits eine Kostprobe genossen haben, ist den Direktionen der Gas- und Wasserwerke sicherlich ebenso wenig erwünscht, als etwa ihren Abnehmern, der Berliner Bevölkerung.

Das Ergebnis der Abstimmung hat eine überwältigende Mehrheit für die Ablehnung des Vergleichsvorschlages ergeben und damit vor aller Welt den Beweis erbracht, daß die Dinge auf des Messers Schneide stehen. Darüber dürften also auch die Direktionen nicht im Zweifel sein. Wenn trotzdem von einer sofortigen Proklamierung des Streiks abgesehen, der Weg zur friedlichen Beilegung des Konflikts offengehalten wurde, darf erwartet werden, daß dieser Weg auch von den Direktionen bestritten wird und durch einen ernsthaften und annehmbaren Vergleichsvorschlag eine gegenseitige Verständigung herbeigeführt wird, bevor es zum Streik kommt.

Fes bedroht!

Madrid, 14. Juli. (W.B.) Nach einem vom 'Sol' veröffentlichten, von der Militärzensur gebilligten Privattelegramm aus Carrasch ist Fes von den Arabern bedroht.

Vergebliche Friedensbemühungen?

Paris, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) General Roulin, der neue Oberbefehlshaber für die Marokkofront, ist am Dienstag von Wiesbaden aus nach Nordafrika abgereist. Er wird nach seiner Ankunft sofort das Kommando der Truppen übernehmen. Der Marokko-Korrespondent des 'Matin' teilt mit, daß Abd el Krim am Sonntag ein halboffizielles Friedensangebot gemacht worden sei, das aber abgewiesen wurde. Trotzdem soll der Versuch, offizielle Verhandlungen einzuleiten, von Frankreich und Spanien in nächster Zeit fortgesetzt werden.

Sozialdemokratischer Vormarsch. Schwere Niederlage der Litauer.

Memel, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das vorläufige amtliche Endergebnis der memelländischen Kreisstagswahlen bestätigt den bereits gemeldeten Erfolg der Sozialdemokratie. Abgesehen vom Kreis Memel, wo die Sozialdemokraten zum erstenmal mit 5 Abgeordneten in den Kreisstag einzziehen, haben sie im Kreise Heydekrug ihre Mandate von 3 auf 5 erhöht. Im Kreise Pogegen, wo über 1000 Landarbeiter für Deutschland optiert haben und daher nicht wahlberechtigt sind, haben die Sozialdemokraten zwar eine Einbuße erlitten, behaupten aber ebenfalls 5 Sitze. Die Wahlbeteiligung war infolge der Heuernte leider außerordentlich schwach. Sie betrug nur 45 bis 50 Proz. Trotzdem hat die Sozialdemokratie überraschend gut abgeschnitten, ein erfreuliches Zeichen für die seit Jahresfrist hinausgeschobenen, jetzt aber in Aussicht stehenden Seimelis-Wahlen. Ein Hauptmerkmal des Ausfalls der Kreisstagswahlen ist der vollkommene Sieg des Autonomie-Blocks, dem auch die Sozialdemokraten angehören. Er hat die absolute Mehrheit in allen Kreisen gegenüber den Großlitauern. Im Kreise Memel, dem Hauptsitz der Großlitauer, behauptet der Block von 20 Mandaten 17, im Kreise Heydekrug von 21 Sitzen 20 und im Kreise Pogegen von 21 Sitzen 19. Die Anstrengungen der Großlitauer, die, um Verwirrung zu stiften, in den einzelnen Kreisen bis zu 10 Wahlvorschläge eingereicht hatten, sind so vollkommen ergebnislos geblieben.

Nochmals: Deutschland und Polen Zum deutsch-polnischen Wirtschaftskonflikt.

Von Wilhelm Eggert.

Genosse Wilhelm Eggert, Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der als Vertreter der deutschen Gewerkschaften an den Besprechungen innerhalb der deutschen Delegation zum Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages teilgenommen hat, nimmt in folgenden Darlegungen zu dem deutsch-polnischen Wirtschaftskonflikt vom Standpunkt der Gewerkschaften aus Stellung.

Nicht zwar kann ich wie der polnische Genosse Dr. Diamand in der Eigenschaft als unmittelbarer Teilnehmer an den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sprechen. Die deutsche Regierung hat es vorgezogen, je einen Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und der gesamten deutschen Gewerkschaften nur als 'General-sachverständige' zu den Besprechungen der deutschen Unterhändler hinzuzuziehen.

Die Abnahme polnischer Kohlenmengen durch Deutschland war von Anbeginn der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen im April d. J. eine Hauptfrage. Durch den Genfer Vertrag über die Aufteilung Oberschlesiens war Deutschland verpflichtet worden, aus den nachmalig unter Polens Oberhoheit gestellten Kohlenrevieren ein Kontingent von 500 000 Tonnen monatlich auf den deutschen Markt zu übernehmen. In dieser Bestimmung des Genfer Vertrages kam der ganze wirtschaftliche Widerstreit zum Ausdruck, der in der Zerreißung des einheitslichen ober-schlesischen Wirtschaftsgebietes gipfelt. Angliederung der ober-schlesischen Bergwerke an den jungen polnischen Nachkriegsstaat und Pflichtenabnahme bedeutender Kohlenmengen dieser Bergwerke durch Deutschland — wer möchte eine solche Lösung als der Weisheit letzten Schluß bezeichnen!

Unter schweren Opfern des deutschen Bergbaues, insbesondere seiner Bergknappen, hat Deutschland die Bestimmung des Genfer Vertrages erfüllt. Unter schweren Opfern! Denn wie in der ganzen Welt, so hatte auch in Deutschland die Kohlenförderung einen mächtigen Aufschwung erfahren. Seine Steinkohlengewinnung stieg von 62,2 im Jahre 1923 auf 118,8, die Braunkohlengewinnung von 118,2 auf 124,4 Millionen Tonnen im Jahre 1924. Diese gesteigerte Kohlenförderung war begleitet von mangelhaftem Geschäftsgang in der Industrie, von einem außergewöhnlich gelinden Winter des Jahres 1923 auf 1924 und von den Fortschritten der Technik im Heizverfahren. Einer stark vermehrten Kohlenförderung stand ein stark verminderter Verbrauch gegenüber. Allein in der westfälischen Kohlenzone, deren Abfahrgelände zwar von der polnischen Kohle nicht erreicht werden kann, lagerten acht Millionen Tonnen Vorräte auf den Halben. In Ober- und Niederschlesien, den nächsten Aufnahmegebieten polnischer Kohle, waren die Verhältnisse im Bergbau noch bedeutend schlimmer. Die Arbeitszeit mußte verkürzt, und zum Teil mußten Feierschichten eingeführt werden. Die Not der Bergknappen, besonders in Ober- und Niederschlesien, wuchs von Woche zu Woche, wurde größer und immer größer.

Indessen rollten Waggon um Waggon polnischer Kohle nach Deutschland herein. Die schlesischen Bergarbeiter sahen als Kurzarbeiter und Arbeitslose diesem seltsamen Schauspiel zu. Aber daran war nichts zu ändern; Deutschland mußte und wollte den Vertrag von Genf erfüllen.

Da kam der 15. Juni, jener Tag, an dem der Genfer Vertrag sein Ende erreichte. Kein Mensch in Deutschland — im Ernste wohl auch keiner in Polen — konnte daran denken, daß Deutschland die schwere Bürde der polnischen Kohlenkontingente nach Ablauf des Genfer Vertrages in einem Handelsabkommen, d. h. freiwillig in annähernd gleichem Umfange auf sich nehmen werde. Niemand auch in der übrigen Welt kann einem Lande zumuten, seine eigene Kohlenförderung in einer den eigenen Bergbau verhältnismäßig schweren Weise zu drosseln, Gruben stillzulegen, sie ersaufen zu lassen und dadurch eigene Wirtschaftswerte für immer und ewig zu vernichten, um diejenigen des Nachbarlandes zu retten. So hätte Deutschland angesichts der Verhältnisse in seinem Bergbau am 15. Juni recht wohl sagen können, wir können keine polnische Kohle vorläufig gebrauchen.

Aber Polen ist vorwiegend ein Agrarstaat, seine Landwirtschaft kann die gewaltigen Kohlenmengen des Landes nicht annähernd verbrauchen. Polen ist auf die Ausfuhr großer Kohlenmengen in die Nachbarländer angewiesen. Ohne Kohlenausfuhr kommt Polens Wirtschaft, seine Handelsbilanz und Währung in Gefahr. Eine schwierige Situation: Deutschland in Kohlenüberschuß, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Massenentlassungen seiner Bergleute — Polen trotzdem in der Notwendigkeit, von Deutschland Kohlenabnahme zu fordern. So stehen sich hart im Raum die Sachen.

Aber Deutschland hat trotzdem gleichsam zur Dokumentierung seiner Absicht, mit Polen zu einem für beide Teile

Das Aufwertungsgesetz.

Seute keine dritte Lesung.

Wie sich nach der gestrigen Reichstagsitzung herausgestellt hat, ist die Verteilung der Beschlüsse zweiter Lesung des Aufwertungsgesetzes nicht so rechtzeitig erfolgt, daß die dritte Lesung bereits am Mittwoch stattfinden könnte. Reichstagspräsident Lobe wird deshalb am heutigen Mittwoch beantragen, diese dritte Lesung auf Donnerstag zu verschieben.

Erhöhung der Tabaksteuer.

Die Sozialdemokratie sorgt für die Tabakarbeiter.

Wie vorauszusehen war, endeten die Beratungen des Steuer-ausschusses über die Tabaksteuer mit der Annahme des Kompromisses der Regierungsparteien. Das entschiedene Eintreten der Sozialdemokratie für die Tabakarbeiter, die durch diesen Eingriff der Gesetzgebung in ihrer Existenz schwer geschädigt werden, hat zu einem gewissen Erfolg geführt. Unter dem Eindruck der von dem Genossen Schlüter vorgetragenen schuldigen Schilderung der trüben Lage der Masse der Tabakarbeiter mußten sich auch die Regierungsparteien entschließen, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht den durch diese gesetzliche Maßnahme geschädigten Arbeitern eine erhöhte Fürsorge zu gewähren. Zu den sozialdemokratischen Anträgen, den durch die Bier- und Tabaksteuererhöhungen arbeitslos werdenden Arbeitern und Angestellten eine Unterstützung in Höhe von Dreiviertel ihres bisherigen Lohns zu zahlen, äußerte sich eingehend der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Er wandte sich zwar gegen eine besondere Wohnnahme, da es nicht angehe, die durch gesetzlichen Eingriff entstandenen Schäden anders zu behandeln, als die durch wirtschaftliche Umstellungen hervorgerufenen. Er sagte jedoch zu, daß die Angestellten und Arbeiter, die infolge der Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer arbeitslos werden sollten, Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung haben, daß die Unterstützungsdauer zunächst auf ein Jahr ausgedehnt werden soll, und daß das Reich den Gemeinden aus Reichsmitteln dafür Zuschüsse leisten werde. Ferner soll durch entsprechende Anwendung des Betriebsrätegesetzes der Entlassungsschutz ausgedehnt werden. Die selben Vergünstigungen sollen auch den Brauereiarbeitern zugute kommen. Nach Ablehnung der Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten wurde eine entsprechende Entscheidung angenommen.

annehmbaren Handelsvertrag zu kommen, noch für die zweite Hälfte des Monats Juni, also nach Ablauf des Genfer Vertrages, 250 000 Tonnen polnische Kohle eingeführt. Ab 1. Juli wollte Deutschland monatlich 60 000 Tonnen von Polen abnehmen. Der Wert dieses Kontingentes ist gar nicht so gering zu schätzen, wie es polnischerseits geschieht ist. Wir will schreiben, daß die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen zwischen polnischen Kohlenproduzenten und deutschen Kohlenverarbeitern in der Hoffnung vorübergehender Notlage auf dem deutschen Kohlenmarkt von außerordentlich großem Wert ist. Polen betrachtet in Verkennung der deutschen Bergbauverhältnisse das deutsche Angebot von 60 000 Tonnen monatlich als zu geringfügig. Wiederum war es Deutschland, daß noch einen Schritt weiter entgegenkam. Es erhöhte seinen Vorschlag von 60 000 auf 100 000 Tonnen.

Diese Erhöhung erfolgte trotz schwerer Bedenken lediglich zu dem Zweck, Polen soweit wie irgend möglich entgegenzukommen, um den Wirtschaftskonflikt zwischen beiden Ländern zu vermeiden. Und es verband diesen Vorschlag mit dem Vorschlag auf Abschluß wenigstens eines vorläufigen Handelsabkommens, damit zur Lösung der Probleme Zeit bleibe, und die Entwicklung der Wirtschaftslage hüben und drüben besser übersehen werden könne. Hunderttausend Tonnen Kohlenabnahme monatlich — wohlgemerkt von einem kohlenüberfüllten Deutschland — war doch sicherlich kein belangloses Angebot. Etwa 4000 deutsche Bergleute in Schlesien würden an der Förderung dieser Kohlenmenge einen vollen Monat beschäftigt werden können.

Unbegreiflicherweise hat auf diesen Vorschlag Deutschlands die polnische Regierung mit ungewöhnlich scharfen handelspolitischen Kampfmahnen geantwortet. Damit war der Wirtschaftskonflikt begonnen. Zehn volle Tage später, erst am 6. Juli, hat Deutschland seinerseits die polnischen Kampfmaßnahmen durch Gegenmaßnahmen beantwortet.

Polen verlangte ferner den Abschluß eines Veterinärabkommens. Deutschland kam ihm auch auf diesem Gebiete, wenngleich meiner Ansicht nach nicht weit genug, ein Stück entgegen, indem es Polen hinsichtlich der Fleischeinfuhr bis zum Herbst d. J. den bisherigen Stand und einen Vorvertrag über die Einfuhr von lebenden Schweinen zusicherte. Ferner hat Deutschland sich bereit erklärt, die Frage der Liquidation deutscher Besitzungen in Polen in diesem kritischen Stadium der Verhandlungen zurückzustellen, um ein für die Stellungnahme Polens offenbar vorhandenes großes Hindernis auf dem Wege zur Verständigung zu beseitigen.

Trotz dieses deutschen Entgegenkommens hat die polnische Handelsdelegation keinen Gegenvorschlag gemacht, bis sie später die Forderung auf 350 000 Tonnen monatlichen Kohlenkontingents erhob und die Einfuhr polnisches Fleisch, polnischer Rinder und Schweine abhängig machen wollte von einer durch Fachleute als hinreichend erkannten Weise.

Die polnische Delegation wollte an die Stelle des vorgeschlagenen Provisoriums ein Abkommen ohne zolltarifäre Meistbegünstigung setzen, das auf einen beiderseitigen Warenaustausch gleichen Umfanges beruhen sollte. Die praktische Durchführung dieses Gedankens erscheint technisch sehr schwierig, ja fast unmöglich. Dabei würde ein auf solcher Grundlage abgeschlossenes Abkommen die gegen Deutschland gerichteten Kampfmaßnahmen aufrecht erhalten.

Endlich hat der Bevollmächtigte der deutschen Unterhändler den Bevollmächtigten der polnischen Delegation wissen lassen, daß die deutsche Regierung das von ihr gemachte Angebot aufrechterhalte und jederzeit bereit sei, auf dieser Grundlage die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Sie werde auch jede andere Anregung der polnischen Delegation, die eine Möglichkeit für die Anbahnung einer Verständigung bieten könnte, der sorgfältigsten Prüfung unter-

ziehen, um die von der deutschen Regierung lebhaft beklagte Unterbrechung des Wirtschaftsverkehrs zwischen Deutschland und Polen so rasch wie möglich zu beseitigen.

Als Vertreter der Gewerkschaften innerhalb der deutschen Delegation weiß ich, daß deutscherseits alles getan worden ist, den Wirtschaftskonflikt zwischen Deutschland und Polen zu vermeiden.

Der Standpunkt der polnischen Sozialisten.

Wie aus Warschau gemeldet wird, beschäftigt sich die polnische Presse eingehend mit den Ausführungen der führenden deutschen Zeitungen zum deutsch-polnischen Konflikt. In dem sozialistischen Zentralorgan Polens nimmt der Abgeordnete Dr. Diamond, der Mitglied der polnischen Handelsvertragsdelegation ist, zu den deutsch-polnischen Meinungsverschiedenheiten Stellung und tritt warm dafür ein, „daß nun endlich auf beiden Seiten die Bernunft einkehre und die beiderseits herbeigesehnte Verständigung zustande komme“. Er ist der Ansicht, daß eine friedliche Lösung möglich sei. Die Opfer, die ein Wirtschaftskrieg erfordere, seien viel größere als diejenigen, die man bei einem friedlichen Ausgleich der Interessen auf sich nehmen müsse. Er schließt seine Ausführungen mit dem Ruf: „Nieder mit dem Zollkrieg, gebt uns den Wirtschaftsfrieden!“

Es wäre dringend zu wünschen, daß der Standpunkt, den General Diamond auch in unserem Blatte vertreten hat, Gemeingut der polnischen Handelsdelegation wird. Wir untererseits haben immer mit großem Nachdruck betont, daß eine deutsch-polnische Verständigung im dringendsten Interesse der Gesamtwirtschaft liegt und daß sie daher trotz aller sachlichen Differenzen weiter angestrebt werden muß.

Die erfolglosen Verhandlungen mit Frankreich Gründe der Verzögerung des Handelsvertrages.

Es hat mit Recht großes Aufsehen erregt, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ohne den erwünschten Erfolg eines provisorischen Handelsabkommens abgebrochen werden mußten. Das um so mehr, als die Beratungen der Unterhändler mehr als neun Monate gedauert haben. Als wesentliche Gründe des Fehlschlages werden von deutscher Seite geltend gemacht, einmal der Umstand, daß die französische Delegation erst in letzter Stunde und in fast ultimativer Form ihre Vorschläge unterbreitet hat, so daß die deutsche Delegation innerhalb der zwei Tage, die zur Verfügung standen, nicht dazu Stellung nehmen konnte. Kaum eine einzige Ware deutschen Exportinteresses würde von den französischen Vorschlägen so berücksichtigt, wie es von den deutschen Wirtschaftsachseverhältnissen als notwendig angesehen wurde. Weder die Chemie noch die Elektrotechnik, noch Spielwaren, Kleinfertigwaren und keramische Erzeugnisse fanden diejenige Rücksicht, die man für unerlässlich hielt. Auf der anderen Seite verlangten die Franzosen starke Zollherabsetzungen für Wein, Automobile und Wolle. Die Beratungen waren deshalb so umfangreich und zeitraubend, weil eine außerordentlich große Zahl von Tarifpositionen geprüft und die deutschen Vorschläge demgemäß gefaßt werden mußten, wie es in noch keinem Handelsvertrag der Fall gewesen ist. Es sind an die 1500 bis 2000 Positionen, die immer in Betracht gezogen werden mußten. Die Verhandlungen wurden in durchaus sachlicher Weise geführt, die ganze Einstellung Frankreichs aber, das durch die zollfreie Kontingente bis zum 10. Januar dieses Jahres wohl etwas vermehrt gewesen ist, ließ den notwendigen Ausgleich der Interessen beider Länder nicht zustandekommen, der nach Meinung der deutschen Delegation die Voraussetzung für ein Handelsprovisorium ist. Am 5. September sollen die Verhandlungen neu aufgenommen werden und man wird dann suchen, eine Basis für eine Verständigung zu schaffen.

Die wirtschaftlichen Differenzen, die zwischen den beiden Ländern auszutragen waren, wurden natürlich stark beeinflusst von den politischen Momenten, die gleichzeitig zur Beratung standen, so der Sicherheitsfrage, die Räumungsfrage usw. Hier zeigt sich also, daß die halsstarrige Politik der Deutschnationalen

in den großen internationalen Fragen ganz in der Richtung der vom Reichslandbund verfolgten Auffassung wirkt, daß Deutschland nur eine Handelspolitik ohne irgendwelche Zollkonzessionen machen dürfe. Denn das allein ist der Sinn des lächerlichen Hochschulzollens, wie er von den Landbüdnern propagiert wird und wie er — einmal durchgeführt — die Vernichtung des deutschen Außenhandels bedeuten würde.

Aber auch sonst ist die Haltung der deutschen Delegation, die ja an die Anweisungen des Reichswirtschaftsministers gebunden ist, keineswegs als einwandfrei zu bezeichnen. Zwar wurden die deutsch-französischen Verhandlungen ohne eigentlichen Kampf abgebrochen und der Zollkrieg zunächst vermieden. Immerhin besteht die Gefahr, daß die aus den Unterhandlungen gewonnenen Erfahrungen auf beiden Seiten dazu nutzbar gemacht werden, um bei der Beratung der in beiden Ländern schwebenden Zolltarifreformer noch weiter die Zollschraube anzuziehen. Die Handelschaufinisten beider Länder haben so ein gutes Betätigungsfeld, das nicht vorhanden wäre, wenn wenigstens ein Provisorium zwischen Deutschland und Frankreich bestünde. Gewiß ist es als ein gutes Vorzeichen und als ein recht ansehnlicher Teilerfolg zu verzeichnen, daß das Saarabkommen, das die wirtschaftliche Stellung des Saargebietes regelt und in den Versailler Vertrag eine neue Bresche legt, wenigstens unterzeichnet und von Frankreich auch ratifiziert werden konnte. Zu befürchten steht jedoch, daß die Deutschnationalen bis zu der Wiederaufnahme der Verhandlungen schon den notwendigen Einbruch in den Porzellanladen vorgenommen haben werden, der die mühsam angebahnten Beziehungen wieder zerbricht.

Uebrigens sollen sich die deutschen Unterhändler und noch mehr ihre Auftraggeber der historischen Aufgabe bemußt sein, die Deutschland in dem gegenwärtigen Stadium der Handelspolitik gestellt ist. Deutschland braucht seinen Export nicht nur deshalb, um seine Einfuhr und die Reparationen bezahlen zu können, sondern auch deshalb, um den Weltmarktstaaten den Beweis zu liefern, welche Rolle es als Käufer und Abnehmer der Weltproduktion spielen kann, wenn man ihm nur etwas mehr Raum läßt. Da es sich bei den schwebenden Verhandlungen fast durchweg um provisorische und kurzfristig kündbare Verträge handelt, ist die Gefahr eines unvorteilhaften Kompromisses immer noch geringer als die, die aus der gegenwärtigen Haltung der Regierung hervorgeht. Wir haben bisher nur einen Handelsvertrag, mit dem wir Staat machen könnten, und das ist der deutsch-spanische — er wird gekündigt, weil er der deutschnationalen Demagogie nicht in den Kram paßt. Man vertagt den deutsch-englischen Vertrag, man zögert und zaudert, man macht Verträge zum Objekt des Interessentenschachens, indem man sie hinauschiebt bis nach der Entscheidung über die Zollfrage. So kann es jedenfalls nicht weitergehen, wenn Deutschland nicht in der Welt den Anschein erwecken will, daß es auf Handelsverträge kein Gewicht legt. Damit würde es sich der stärksten Waffe begeben, die es in seinem Ringen um wirtschaftliche Freiheit überhaupt hat und die viel stärker ist, als jeder nur irdische Zollschlag: der Waffe, die die Kaufkraft eines kulturell hochstehenden 60-Millionen-Volkes für die gesamte Produktion der internationalen Handelsmächte vorstellt.

Friedrich-Ebert-Straße in München? Die sozialdemokratische Fraktion im Münchener Stadtrat hat am Dienstag den Antrag gestellt, eine Straße in angemessener Lage Münchens nach dem verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu benennen. Man darf gespannt sein, wie die schwarzweisse Stadtratsmehrheit sich zu diesem Antrage verhalten wird, nachdem sie erst jüngst einer wässrigen Anregung entsprechend der Benennung einer Schlageter-Straße zugestimmt hat.

Die „Areny-Zeitung“ beklammert sich bitter darüber, daß wir sie unter den deutschnationalen Blättern gezählt haben, die das Urteil des Hofe-Ausschusses unterdrückt haben. Sie hat in der Tat an verkehrter Stelle in einer ihrer Sonntagsbeilagen den Wortlaut des Beschlusses abgedruckt. Sie hat sogar einen langen Kommentar hinzugefügt, in dem sie ihr Erstaunen darüber ausdrückt, daß auch die Deutschnationalen diesen Feststellungen zugestimmt haben, die sich in der Hauptsache gegen die Staatsanwaltschaft richten. Wenn die Feststellungen des Ausschusses anders ausgefallen wären, dann würden sie allerdings nicht an so unangenehme Stelle erschienen sein.

Die Sintflut und der Kreuzberg.

Auch ein Höhenjollern-Jubiläum.

Das Jahr 1525, berüchtigt durch die blutige Niederwerfung der deutschen Bauern, die ihr Menschenrecht forderten, ist gerade für Berlin auch in anderer Hinsicht merkwürdig durch ein Ereignis, dessen 400. Gedentag wir heute feiern könnten.

In den vorangegangenen Jahren hatte sich in ganz Europa der Glaube verbreitet, daß eine neue Sintflut bevorstehe. Vielleicht waren die Unruhen mit daran schuld, die die neue Lehre Martin Luthers im Gefolge hatte. Tatsächlich hatte schon ein Jahr nach Luthers Auftreten, 1518, der seinerzeit hochberühmte Astrolog Stöffler geweissagt, daß im Februar 1524 eine ungeheure Flut alles Lebendige auf Erden vernichten würde, weil in diesem Monat Saturn, Jupiter und Mars im Zeichen der Fische in Konjunktion traten. Weit über die Grenzen Deutschlands hinaus hatte diese Prophezeiung sechs Jahre lang Unheil gestiftet, und erst als der gefürchtete Monat vergangen war, atmeten die Menschen wieder auf.

Zu den Wenigen, die nicht an die Vorauslagen Stöfflers geglaubt hatten, gehörte der Kurfürst Joachim I. von Brandenburg. Man darf aber nicht daraus schließen, daß er aufgefälliger war als seine Zeitgenossen. Vielmehr hielt er große Stücke auf die Astrologie, und wenn er an die Sintflut im Februar 1524 nicht glauben wollte, so hatte dies seinen Grund darin, daß er von seinem Hofastrologen Johann Garsion einen späteren Tag mit unumstößlicher Sicherheit erfahren hatte: den 15. Juli 1525. Die Kunde von der bevorstehenden Katastrophe war allmählich auch ins Volk gedrungen, so sehr der Kurfürst sich bestrebt hatte, sie geheim zu halten. Wenn auch nach dem Nichteintreffen der Stöfflerschen Prophezeiung manche über die neue Weissagung wotten mochten — die Wehrzahl glaubte daran, um so mehr, als man wußte, daß Joachim seinem Astrologen unbedingtes Vertrauen schenkte. Als daher am 15. Juli 1525 gegen Mittag über Berlin und Cölln ein schweres Unwetter heraufzog, entstand eine allgemeine Unruhe, die sich noch steigerte, als Joachim mit seiner Familie und seinem Hofstaat das Schloß in Cölln verließ und sich auf den Tempelhoischen Berg (den heutigen Kreuzberg) flüchtete, weil er sich dort in Sicherheit glaubte. Wenn auch der „Berg“ damals bedeutend höher war als heute, weil ein gut Teil seines Sandes inzwischen zur Trodenlegung des Baugrundes für die spätere Friedrichstadt vermandt worden ist, so mußte doch der Gedanke lächerlich erscheinen, auf diesem Sandhügel einer Sintflut entgegen zu stehen. Die Bürger Berlins und Cöllns empfanden das aber durchaus nicht als lächerlich, sondern sie waren empört über ihren durchlauchtigen Fürsten und Herrn, der sein Volk im Stich ließ, um nur sein kostbares Leben in Sicherheit zu bringen. Die Sintflut ist ja schließlich doch nicht gekommen, und das erwartete Unwetter brach erst los, als der Kurfürst schon in der Nähe seines Schloßes war. Der marxische Geschichtsdreier Hasp, dem wir diesen Bericht über die Pflichttreue eines Höhenjollern verdanken, erzählt ihn in seiner treuherrlich sachlichen Art in folgenden Worten:

Den 15. Juli, als Kurfürst Joachim, Kurfürst zu Brandenburg, durch seinen Astronomen heimlich vernahm, daß ein grausam Wetter würde ankommen, da zu besorgen, beide Städte, Berlin und Cölln, möchten untergehen, daß er mit seinem Gemahl und junger

Herrschaft und fürnehmsten und geliebten Offizieren auf den Tempelhoischen Berg bei den Cöllnischen Weinbergen gerückt, den Untergrund beider Städte anzusehen (!). Als er aber lange dolelöst gehalten, und nichts draus geworden, hat ihn sein Gemahl (weil sie eine überaus fromme und gottesfürchtige Fürstin gewesen) gebeten, daß er doch möchte hineingehen und mit seinen Untertanen auswarten, was Gott tun wollte, weil sie es vielleicht nicht allein verschuldet hätten. Darüber ist er demogen und ist um vier Uhr gegen Abend wieder zu Cölln eingezogen. Ehe er alda wieder ins Schloß kommen, hat sich plötzlich ein Wetter bewiesen. Und wie er mit der Kurfürstin ins Schloß kommen, hat ihn das Wetter die vier Pferde mit samt dem Wogenknecht erschlagen und sunten keinen Schaden mehr getan.

Das Unwetter, vor dem Joachims letzter Nachfolger gestoben ist, hat leider „sunten“ etwas mehr Schaden getan als das vor vierhundert Jahren. Allerdings hat ja auch Wilhelm der Letzte, der, zum Unterschied von seinem erhabenen Ahnen, jenes Unwetter zum größten Teil selbst verschuldet hatte, es vorgezogen, nicht wieder hineinzugehen und mit seinen Untertanen auszuwarten, „weil sie es vielleicht nicht allein verschuldet hätten“.

Karl Budwpg Wehau.

Du sollst nicht töten.

Der Bürger ist ein Vogel, der alles freßbare Fliegen- und Krampenzug in seinem Dornbusch auf Speise setzt: Er fragt nicht lang nach Schuld und Fehle. Er will ja auch nicht krasen oder martern — sondern fressen. Er nimmt was er erwischen kann. Der Dornbusch ist ihm Hilfsmittel.

Auch für uns Menschen ist ein Dornbusch gewachsen. Er hat 370 laubertich numerierte Stacheln und heißt Strafgesetzbuch. Dieser Dornbusch ist ein Hilfsmittel, der Uebelstater zu wehren. Das Klappnetzen auf diese Stacheln besorgt Frau Justitia. Sie loht nicht, wie der Bürger, unbedenken das Menschengewürm. Nur die Uebelstäter. Sie besetzt sich jeden Fang ganz genau und speicht ihn dann auf die zuständige Paragraphenspitze auf. Sie will ja auch nicht fressen, sondern krasen. Darin gleicht sie aber dem Bürger, daß sie nur die ausspicht, die sie erwischt. Auch sie hat eine ausgesprochene Neigung für kleineres Gewürm.

Sozial muß man mindestens wissen, wenn man mit kleinem Risiko ein großes Ding drehen will.

Also, wenn ich mal einen tollkühnen wollte, was doch eine Uebelstater ist, würde ich mir in diesem Falle zuständige Paragraphenspitzen zuvor genau ansehen. Zunächst kommt der Stachel 211 in Frage — Mord — Todesstrafe. Dieses Risiko ist zu groß. Der Stachel 213 und die nachfolgenden kommen nur im äußersten Mitleidfall in Betracht — Totschlag — jährliche Lösung usw. Man riskiert aber auch hier noch Zuchthaus und Gefängnis. Und ich will gar nichts dabei riskieren! Da ist ja aber der § 53. Das ist das Richtige. Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung durch Notwehr geübt wird.

Wenn ich riskolos jemand tollkühnen will, muß ich es in Notwehr tun! Das mache ich so: zunächst besorge ich mir einen Revolver. Einen Gummitupfel habe ich schon, aber der reicht nicht. Ich laufe mir dann einen Revolver und veroolständige ihn

durch tödliches Blei. Nun zur Jagd in die Potsdamer Straße! Ein Mann mit einem Spazierstock mühte es sein. Der ist rasch gefunden. „Nan! Darf ich um Feuer bitten?“ „Bitte.“ Gott ist der Mann friedlich! Ich werfe ihm seine Zigarre ins Gesicht. Er lächelt bekümmert. Stärkere Mittel! Zwei Duzend jästige Schimpfworte, sorgsam abgewogen und trefflicher auf keine Kerdenblößen gezielt, tun die gewünschte Wirkung. Er holt mit seinem Stock zum Schlage aus... Das ist der Moment der Notwehr. Der Revolver tracht. Der Mann fällt tot hin.

Die Polizei bringt mich ins Loch. Mir wird der Prozeß gemacht. Frau Justitia hat Sympathie für mich und meine Zeugen. Ihr rechtes Auge, das etwas schwach ist, sieht gütig blickend nur die Schlüsszene des Dramas: Abwehr eines Angriffs mittels Stockes. Notwehr also geübt. Freispruch.

Ich schreite erhobenen Hauptes in die goldene Freiheit... und fuche mir den nächsten aus.

Die Sache ist fürwahr riskolos. Ich will es aber trotzdem nicht jedem raten, dieses Rezept anzuwenden. Denn wenn Frau Justitia mal mit dem linken Auge hinschaut — und das ist meßerscharf — dann wird der Uebelstater von ihr auf die schärfsten und tödlichsten Stacheln ihres Dornbusches aufgespießt. R u s.

Wiederauffindung des Kometen Wolf. Der periodische Komet Wolf ist in der Nacht vom 13. zum 14. Juli auf der Hamburger Sternwarte in Bergedorf durch Dr. Baade mit dem Spiegel-Teleskop der Sternwarte photographisch wieder aufgefunden worden. Der im Jahre 1884 von Wolf in Heidelberg entdeckte Komet bewegt sich mit einer Umlaufzeit von sieben Jahren in einer elliptischen Bahn um die Sonne. Der Komet steht im Sternbild des Pegasus und hat die Helligkeit 15ter Größe. Er ist daher nur mit den stärksten Fernrohren wahrnehmbar.

Coolidge für Darwin. Das Verbot von Dayton erörterte gestern juristische Fragen. Präsident Coolidge erklärte, er werde seinen ganzen Einfluß einsetzen, um Bruns Verurteilung zum Scheitern zu bringen, wonach das Verbot der Lehre von der Affentheorie in den Schulen in die Verfassung aufgenommen werden solle.

Der diesjährige deutsche Vorkurs. Der 44. ordentliche deutsche Vorkurs findet am 9. und 10. September in der Leipziger Universitätsstadt statt. **Deutsche Gelehrte beim russischen Akademiestell.** Zum Jubiläum des 200-jährigen Bestehens der russischen Akademie der Wissenschaften in Petersburg, welches im Herbst d. A. gefeiert wird, werden mehrere deutsche Gelehrte als Vertreter der deutschen Wissenschaft erwartet. Es sind Prof. Günther, der Direktor des Berliner Biochemischen Instituts Prof. Schneider und der bekannte Chemiker Prof. Zammann.

Staatliche Preise für historische Theater. „Gazzetta Ufficiale“ gibt bekannt, daß das italienische Unterrichtsministerium Preise für italienische Theater aussetzt. Die Preise solcher italienischer Kompositionen ausführen, die der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt sind. Die Theater erhalten zwei Preise mit je 40 000 Lire als Zuschuß mit der Verpflichtung, mindestens drei Aufführungen des betreffenden Werkes zu bewirken. Die Kompositionen erhalten je 10 000 Lire.

Die Nationalbesetzung für Amundsen. Das norwegische Storting nahm ohne Debatte gegen zwei Stimmen einen Antrag an, wonach die jährliche Nationalbesetzung für Amundsen von 6000 auf 12 000 Kronen erhöht wird.

Zum Sachsenkonflikt.

Eine Zuschrift der sächsischen Fraktionsmehrheit.

Die sächsische Fraktionsmehrheit sendet uns zur Darstellung des Parteivorstandes über seine Bemühungen zur Beilegung des Sachsenkonflikts eine Zuschrift, die wir im Auszug wiedergeben. Die Zuschrift beschäftigt sich mit der Entscheidung der Bezirksvorstände. Sie wendet sich dagegen, daß die Kommentierung dieser Entscheidung durch den Parteivorstand den Anschein erwecke, als ob die Fraktionsmehrheit die Verantwortung für die Verlängerung des Konflikts trage, und fährt dann fort:

„Der Beschluß des Parteivorstandes vom 3. Juli verlangte nicht nur die Landtagsauflösung, sondern auch die „vorherige Erledigung der schwebenden Schiedsgerichtsverfahren“. Genosse Crispian gab diesem Beschluß bei der Eröffnung der Sitzung in Leipzig folgende Bedeutung:

„Wir haben verschiedene Wege offen gelassen. Entweder die Durchführung der Verfahren oder die Zurückziehung der Ausschlußanträge. Wir wollten beide Wege offen lassen. Deshalb haben wir die Form gewählt, sie müssen „erledigt“ sein.“

Daraus geht hervor, daß der Parteivorstand selbst nicht auf eine sofortige Auflösung des Landtags bestehen wollte, wenn nicht die Parteiführung der zu Unrecht durch die Bezirksvorstände ausgeschlossenen wieder hergestellt werde. Das letztere lag aber weder in der Absicht noch in der Macht der Bezirksvorstände. Die Bezirksvorstände konnten die Ausschlußanträge gar nicht zurücknehmen, denn sie waren nicht die Antragsteller, sondern urteilende Instanz. Sie selbst hatten ja auch durch die in ihren Händen befindliche Parteipresse in der einseitigen Weise gegen die Fraktionsmehrheit aufgepuscht und durften es gar nicht wagen, nun selbst die 23 ohne geregeltes Verfahren zu rehabilitieren. Der Vorsitzende des Zwäcker Bezirks Genosse Sendemig hat das auch klar ausgesprochen. Er erklärte:

„Dieser neuerliche Beschluß des Parteivorstandes kommt etwas überraschend und es ist noch nicht möglich gewesen, Stellung in den Bezirken dazu zu nehmen. Es erscheint mir außerordentlich gewagt, daß wir die Ausschlußanträge zurückziehen sollen. Wir haben die Anträge nicht gestellt aus Übermut, sondern in der Auffassung, daß sie (nämlich die 23) durch ihr Verhalten die Partei geschädigt haben. Wenn wir nun so als einzelne Männer daherkommen und sagen, wir ziehen zurück, erscheint mir das etwas gewagt und wir würden Prügeln bekommen. Prinzipiell sind wir dafür, aber erst müssen die Organisationen beschließen.“

Die prinzipielle Geneigtheit der Bezirksvorstände war sehr zweifelhaft. Hatte doch das „Sächsische Volksblatt“ noch am Tage vorher seine Leser „beruhigt“:

„Doch auch für den Fall, daß die sächsische Parteigenossenschaft unter der gegebenen Voraussetzung für die sofortige Auflösung entscheidet, durchaus die Möglichkeit vorhanden ist, durch einen Antrag an den Reichsparteitag vom Reichsparteitag eine Entscheidung über das Verhalten der 23 bei der Verabschiedung der Gemeindeordnung zu erlangen.“

Als: Erst Auflösung unter Zusage der Niederschlagung der Schiedsverfahren und hinterher erneute Hege und rücksichtslose Abhastung der 23 angeblichen Disziplinbrecher. Diese öffentliche Unehrlichkeit machte es den Genossen der Fraktionsmehrheit unmöglich, sich mit der Niederschlagung der Verfahren einverstanden zu erklären. Sie verlangen ihr Recht von der Partei, das heißt, Durchführung der Schiedsgerichtsverfahren und keine Gnade von den Bezirksvorständen. Sie handeln — wenn die Deklaration Crispianis überhaupt einen Sinn haben soll — damit durchaus auch im Sinne des Parteivorstandesbeschlusses vom 3. Juli.“

Zum Schluß stellt die Zuschrift eine Reihe von Fragen an den Parteivorstand:

„Warum hat der Parteivorstand nicht endlich den Mut, zu bekennen, daß die Fraktionsmehrheit in Sachsen bisher im Einvernehmen und sogar auf Veranlassung des Parteivorstandes und im Gesamtinteresse der deutschen Partei gehandelt hat?“

„Warum vergißt der Parteivorstand mitzuteilen, daß alle von ihm bisher gemachten Vorschläge zur Beilegung des Sachsenkonflikts von der Fraktionsmehrheit unterstützt, von den sächsischen Instanzen und der Fraktionsminderheit aber drüß abgelehnt worden sind?“

„Warum sagt der Parteivorstand nicht, daß seine Auffassung auch heute noch dahin geht, daß nach einer Auflösung und Neuwahl des Landtags eine Koalitionspolitik in Sachsen notwendig sein wird?“

„Warum hält der Parteivorstand mit der Tatsache zurück, daß die 23 Mitglieder der Fraktionsmehrheit seit mindestens 14 Jahren (also lange vor den Ausschlußanträgen) durch die Bezirksvorstände systematisch von allen Versammlungen ferngehalten wurden und daß ihnen in der Parteipresse die Möglichkeit genommen war, auf die unwahren Behauptungen und Verleumdungen durch die Minderheit sachlich zu antworten oder auch nur zu berichtigten?“

„Warum endlich informiert der Parteivorstand die Öffentlichkeit nicht auch darüber, daß die Fraktionsminderheit, alle Ermahnungen des Parteivorstandes in den Wind schlagend, den gemeinsamen Fraktionsitzungen fern blieb, dafür aber fortgesetzt die Fraktionsmehrheit öffentlich beschimpfte und durch unmögliche Anträge und Kadavergehens die parlamentarische Arbeit zu hindern suchte?“

Die Darlegung der Fraktionsmehrheit behauptet schließlich dagegen, daß die bisherige Information des Parteivorstandes keine wirkliche Grundlage zur Diskussion sei.

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns dazu geschrieben:

Die Äußerung des Genossen Crispian ist richtig wiedergegeben. Dagegen sind die Schlussfolgerungen falsch, die von der Fraktionsmehrheit daraus gezogen werden.

Von den zwei Möglichkeiten der Erledigung der Ausschlußverfahren hatten die vier Bezirksvorstände im Verlaufe der Verhandlungen in einer besonderen Sitzung einstimmig die Möglichkeit der Zurückziehung gewählt.

Damit waren alle vorherigen anderslautenden Äußerungen einzelner Genossen oder Zeitungen erledigt. Es war an der Zustimmung der antwortstellenden Organisationen demnach nicht zu zweifeln.

Die Bezirksvorstände hatten also die Voraussetzung für die Auflösung des Landtags geschaffen. Und es war jetzt die Aufgabe der Fraktionsmehrheit, die Verantwortung für die Verlängerung des Parteikonflikts in Sachsen nicht auf ihren Schultern allein ruhen zu lassen.

Die Fragen der Fraktionsmehrheit an den Parteivorstand sind durch die Veröffentlichungen des Parteivorstandes, besonders in seiner Entscheidung über die Auflösung des Landtags, längst beantwortet. Der Parteivorstand hat nie bestritten, daß es ihm darauf ankam, die Politik in Sachsen mit der Politik im Reich in Einklang zu bringen. Für die großen Linien der sächsischen Politik

hat der Parteivorstand auch nie die Verantwortung abgelehnt. Daraus durfte die Fraktionsmehrheit jedoch nicht den Schluss ziehen, daß der Parteivorstand alle Handlungen der Fraktionsmehrheit ungeprüft billigen, ihre Politik als seine eigene betrachten und sich mit ihr solidarisch erklären werde.

Wir erinnern nur an die Art, wie die Gemeindeordnung zustande kam. Endlich hat der Parteivorstand auch längst öffentlich festgestellt, in welchen Fällen die sächsischen Parteinstanzen Einigungsvorschläge abgelehnt haben.

Bei seiner Entscheidung vom 3. Juli 1923 kam es dem Parteivorstand darauf an, den hauptsächlichsten Konfliktstoff wegzuräumen und damit die Wiederherstellung normaler Beziehungen im sächsischen Parteileben herbeizuführen.

Ein bayerischer Protest.

Gegen die Finanzwirtschaft der Reichsregierung.

München, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Bayerische Landtag erhob am Dienstag den schärfsten Protest gegen den bahnbildenden Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern. Vor vollbesetztem Hause und in Anwesenheit des ganzen Kabinetts gab Ministerpräsident Held einen Leberköhl über die Entwidmung, die zur immer schärferen Zentralisierung sämtlicher Steuerquellen in Berlin geführt hat, wobei aber bisher immer noch die Eigenbedürfnisse der Länder einigermaßen gedeckt werden konnten. Während Stresemann und Luther noch im vergangenen Jahre sich für eine reinliche Scheidung der Steuerquellen des Reiches und der Länder ausgesprochen haben, legten sie im Januar dieses Jahres einen endgültigen Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern vor, der geeignet ist, die Länder zu mediatisieren und sie vollständig zu Provinzen herabzudrücken. Durch diesen Finanzausgleich wird die Freiheit und Selbstständigkeit der Länder und der Gemeinden reflexlos untergraben und jedes Eigenleben unmöglich gemacht. Dagegen erhebt sich die bayerische Staatsregierung einmütig, da sie unter keinen Umständen gewillt ist, Bayern verprovinzialisieren zu lassen. Sie legt den energischsten Einspruch ein gegen die Art des Finanzausgleiches und gegen die damit verbundene Kontrolle der Länder und Gemeinden.

Gegen die Stimmen der Kommunisten nahm der Landtag hierauf eine Entschlieung an, in der es heißt: In tiefster Sorge um das Wohl des Reiches, des bayerischen Staates, der übrigen Länder sowie der Gemeinden erhebt der bayerische Landtag in letzter Stunde die warnende Stimme an die Reichsregierung und den Reichstag, nicht Maßnahmen zu treffen, die das Eigenleben der Länder völlig untergraben und geeignet sind, den Ländern die Erfüllung der ihnen obliegenden großen sozialen und kulturellen Aufgaben unmöglich zu machen. Der Landtag erhebt insbesondere energischen Einspruch dagegen, daß die Länder und Gemeinden zur Deckung ihres Finanzbedarfes auf die Steuerquellen aus der Umsatzsteuer und Gebäudebesondersteuer verwiesen werden sollen, obwohl die Umsatzsteuer bereits im Abbau begriffen, und die Verwendung der Gebäudebesondersteuer zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder und Gemeinden in Widerspruch mit den grundlegenden Forderungen steuerlicher Gerechtigkeit steht. Der bayerische Landtag erhebt weiter feierlichen Einspruch gegen die geplante Kontrolle der Finanzgebarung der Länder und Gemeinden durch das Reich, die auch mit dem letzten Rest von Selbstständigkeit der Länder unträglich wäre. Der bayerische Landtag ersucht die bayerische Staatsregierung, kein irgendwelches geeignetes Mittel unversucht zu lassen, um der drohenden Gefahr zu begegnen.

Soziale Fürsorge.

Fürsorgeunterstützung — Sozialversicherung im Saargebiet

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag gestellt, entsprechend einer Bestimmung im Auswertungsgesetz, nach welcher Rentnern der bei der Bemessung der Unterstützung 270 M. ihrer Einnahmen aus ausgewerteten Kapitalien nicht mitgerechnet werden dürfen, auch für Renteneinkämpfer aus der Sozialversicherung bei der Bemessung der Fürsorgeunterstützung 270 M. anrechnungsfrei zu lassen. Dieser Antrag wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, der am Dienstag den Antrag beraten hat. Es wurde eine eingehende Aussprache über den Antrag gepflogen. Unsere Genossinnen Schröder, Buchacz sowie Genosse Karsten begründeten den Antrag vor allen Dingen auch mit dem Hinweis auf die zurzeit bestehenden unholdbaren Zustände in der Fürsorge. Die Bezirksfürsorgeverhandlungen gegen die Unterstützungsempfänger ganz rücksichtslos vor und kürzten jede Rentenerhöhung bei der Fürsorgeunterstützung. Allseitig wurde die Notwendigkeit einer Gleichstellung der Sozialrentner mit den Kleinrentnern anerkannt. Schließlich wurde der Gesetzentwurf der Sozialdemokraten mit der Änderung angenommen, daß drei Viertel der Rentenbezüge, aber nicht mehr als 270 M. jährlich, bei der Bemessung der Fürsorgeunterstützung auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung nicht angedreht wird. Durch diese Beschlußfassung ist endlich der größte Mißstand in der Fürsorge beseitigt. Nach der Beschlußfassung im Plenum des Reichstags muß allerdings noch der Reichsrat dem Gesetz seine Zustimmung geben.

Sodann wurde über eine Petition aus dem Saargebiet beraten. Im Saargebiet bestehen unholdbare Zustände in der Rentenbemessung. Durch den Streit über die Zahlungspflicht zwischen der Reichsregierung und der Saarkommission leiden die Renteneinkämpfer ungemessen. Auf Vorschlag des Berichterstatters, Genossen Karsten, wurde folgende Entschlieung einstimmig angenommen: „Die Reichsregierung wird ersucht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Lage der Renteneinkämpfer des Saargebietes nach Möglichkeit der der Renteneinkämpfer im übrigen Reichsgebiet angepaßt wird.“

Die KPD. und ihre Zellen.

Vom kommunistischen Parteitag.

Am Dienstagvormittag wurde mitgeteilt, daß 170 Delegierte und 171 Gäste anwesend seien. Dann folgte ein Referat des Herrn Ottomar Geseke über „Die KPD. und die Organisation ihrer Arbeit“. Der Redner erläuterte umfänglich die verschiedenen Abarten der Bolschewisierung, Leninismus, demokratischer Zentralismus, revolutionäre Theorie, ultralinken Doktrinarismus, Reformismus, organisatorischer Konterrevolutionismus: wer könnte alle diese Begriffe und Worte auseinanderhalten und erklären? Die KPD. so hören wir, befindet sich jetzt im Stadium der Reorganisation der Zellenorganisation. Das soll heißen: Die Einzelorganisation wurde als „sozialdemokratisch“ vor rund einem Jahre durch die Betriebszellenorganisation ersetzt. Damit erlebten die Kommunisten aber keine rechte Freude, und nun soll wieder eine neue Umstellung vor sich gehen; man will sozusagen ein gemischtwirtschaftliches System durchführen, halb Wohn-, halb Zellenorganisation.

Wie geht nun die praktische Arbeit vor sich? Jeder gute Bolschewist muß sich, bevor er an seine revolutionäre Tätigkeit herangeht, einen Katalog mit vier Punkten zurecht machen. Punkt 1: Analyse der politischen Lage. Punkt 2: Arbeitsplan. Punkt 3: Anwendung des Plans. Punkt 4: Ueberprüfung der bisherigen Arbeit und der früheren Erfahrungen. Dazu gibt es noch eine Anzahl Interrubriten. Ad 1: Entlarvung der SPD. und des ADGB. Ad 2: Herausgabe starrer Lösungen. Ad 3: Berichterstattung. Und

so weiter. Früher sind Revolutionen wegen schlechten Wetters abgeblasen worden; die Kommunisten werden zu ihren Revolutionen zu spät kommen, weil sie zuviel mit der Ausführung der Rubriken zu tun haben.

Während sich dieses auf dem Rednerpodium zutrug, wurde die Aufmerksamkeit der Tribünenbesucher von sehr wichtigen Vorgängen im Saale geleitet. Einmal fiel das Wort Disziplin. Darauf schwingt ein baumstarker Delegierter seine Faust gegen Wernerchen Scholem. Der erwidert schüchtern irgend etwas. Der Baumstarke setzt sich neben Wernerchen, der verängstigt in die Ecke seiner Bank rückt. Es hebt ein Disput zwischen beiden an, der zum Glück aber ohne Blutvergießen endet. Ein östlicher Delegierter wendet mit Wichtigkeit und Geräusch die Blätter seiner Zeitung herum. In einem anderen Bische wird gegähnt. Ein Revolutionär ist eingeklinket. Ein anderer zieht mehrere Schrippen heraus, schneidet sie umständlich mit dem Taschenmesser durch, schmiert sie mit Butter, belegt sie mit Wurst und ist sie schließlich mit Liebe und Verständnis auf. Zwischendurch wird den Tribünenbesuchern ein Scherz eingejagt. Der Mann zieht nämlich das Messer durch den Mund, teils um die daran hängenden Bröckchen nicht umkommen zu lassen, teils um das Instrument gehörig zu säubern. Wird er sich schneiden? Nein, er schneidet sich nicht, ein guter Revolutionär weiß mit Waffen umzugehen.

Am Nachmittag wurde nach wehrständiger Pause über das Referat diskutiert. Die einzelnen Redner gaben Berichte über die Zellennarbeit in ihren Bezirken. Ein Redner verlangte intensivere Arbeit unter dem Landpropagandariat. Ein anderer wünschte Arbeitsgruppen in den Wohnorten. Andere Delegierte wollten die Zahl der Betriebszeitungen vermehrt wissen. — Die Diskussion wird am Mittwoch fortgesetzt. Da der Parteitag seine Verhandlungen nicht bis zum Donnerstag beenden kann, so soll die Tagung bis zum Freitag verlängert werden.

Hitler regiert...

München, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die nationalsozialistische Fraktion des Münchener Stadtrats hat sich am Dienstag aufgelöst; gleichzeitig hat der bisherige Vorsitzende Dr. Wehr seinen Austritt aus dem Stadtrat erklärt. In seinem Schreiben an den Stadtrat gibt er an, daß er vor seiner Wahl zum Stadtrat jene Erklärung mitunterzeichnet habe, der zufolge die auf die nationalsozialistische Liste Gewählten auf Wunsch Adolf Hitlers jederzeit das Mandat niederzulegen haben. Dieser Wunsch sei nunmehr an ihn ergangen, und aus diesem Grunde müßte er aus dem Stadtrat ausscheiden. Der Stadtrat beschloß aber mit allen gegen die kommunistischen Stimmen, das Gesuch Dr. Wehrs abzulehnen, da es nicht angehe, daß von außerhalb auf die Zusammensetzung des Stadtrates eingewirkt wird. Wie man hört, ist das Vorgehen Hitlers gegen Dr. Wehr darauf zurückzuführen, daß die nationalsozialistische Fraktion bei der Haushaltsberatung mit den bürgerlichen Parteien für den Gemeindehaushalt gestimmt hat und so dessen Annahme ermöglichte.

Amerikanisch-mexikanische Spannung.

Das Cellapital gegen die mexikanische Arbeiterregierung.

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko haben sich unermittelt verschärft. Die unfreundlichen Äußerungen des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg gegenüber der mexikanischen Regierung, die in die Drohung ausklingen, daß Amerika „die mexikanische Regierung nur so lange unterstützen werde, als sie das Leben und die Rechte amerikanischer Bürger schützt und ihre internationalen Verpflichtungen einhält“, deutet darauf hin, daß dahinter der Einfluß des amerikanischen Großkapitals steht, das seine Petroleuminteressen in Mexiko durch die Enteisungsmaßnahmen und die soziale Politik der mexikanischen Arbeiterregierung bedroht sieht. Die Lage wird sehr deutlich beleuchtet in einer Resolution, die von der New Yorker Organisation der Amerikanischen Sozialistischen Partei gefaßt wurde. Sie lautet:

„Nach vielen Monaten friedlicher Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko schien es, als sollte sich eine neue Ära der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einstellen. Das mexikanische Volk hat erfolgreich mehrere Versuche bewaffneter realtären Umsturzes abgewehrt und vor einigen Monaten hat der erste in allgemeiner Volkswahl gewählte Präsident sein Amt angetreten.“

Es blieb dem amerikanischen Befanden in Mexiko vorbehalten, diese Aussichten zu stören. Er kam nach Mexiko und nach einer geheimen Besprechung mit dem Staatssekretär Kellogg wurde in der Presse eine Mitteilung veröffentlicht, die die friedlichen Beziehungen zu Mexiko neuerlich in Gefahr bringt. Diese Mitteilung, obwohl in vorsichtigen Worten abgefaßt, enthält doch eine versteckte Androhung von Zwangsmaßnahmen gegen Mexiko, falls dieses sich den Wünschen der amerikanischen Kapitalisten nicht fügt.

Diese herausfordernde Kundgebung ist um so schädlicher und unpassender, als seit mehreren Monaten eine gemischte Kommission die Streitfragen berät und darüber Bericht erstatten wird. Die provozierende Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber Mexiko und ganz Lateinisch-Amerika ist von allen Völkern südlich der Vereinigten Staaten mit Beforgnis wahrgenommen und die Zeitungspropaganda des Staatssekretärs Kellogg droht die Stimmung zwischen den Nationen der beiden Amerika weiter zu verschlimmern, was schließlich zum Kriege führen müßte.

Wir fragen die schändliche Politik der amerikanischen Regierung an, daß sie, die das Staatssekretariat des Auswärtigen zu einer Geschäftsstelle der amerikanischen Kapitalisten in Mexiko macht, schwere Gefahren herausbeschwört. Wenn den amerikanischen Kapitalisten und Bankiers die mexikanischen Gesetze nicht gefallen, dann sollen sie aus Mexiko hinausgehen, nicht amerikanische Soldaten hineinbringen. Ein Angriff auf Mexiko wäre ein Krieg für unsere Bankiers und Kapitalisten, bei dem die Arbeiter beider Länder nur zu verlieren hätten.“

Diese Kundgebung unserer amerikanischen Genossen zeigt, daß es außer den Brandherden in China und Marokko, die durch den Ausbreitungsdrang des europäischen und amerikanischen Kapitals geschaffen worden sind, auch noch eine Gefahrenzone in Mexiko gibt, die internationale Komplikationen heraufbeschwören droht. Auch dieses Gebiet muß deshalb von der Arbeiterklasse mit größter Aufmerksamkeit beobachtet werden.

Mussolini verbietet.

Mailand, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Mussolini hat erneut einen Feldzug zur Anebebung der Pressefreiheit begonnen. Am Dienstag wurden im ganzen vier Zeitungen verboten, darunter die „Tribuna“, der „Rondo“ und das „Giornale d'Italia“. Die „Corriere della Sera“ führt die Verbote zurück auf Zeitungsberichte wegen der Entlassung des oppositionellen Professore Solovini in Florenz. Im Zusammenhang mit dieser Entlassung fanden mehrere Proffizientenabgebungen gegen oppositionelle Politiker statt, die mit bewaffneten Zusammenstößen endeten, wobei mehrere Verwundete zu verzeichnen waren.

Gewerkschaftsbewegung

Angriff der Filmunternehmer.

Zu dem Artikel in Nr. 186 des „Vorwärts“ schreibt uns Herr Körner, Vorsitzender des Schlichtungsausschusses:

„In der Berliner Filmindustrie sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter tariflich geregelt. Der Vertrag ist von dem Lohnkartell abgeschlossen, dem fast sämtliche freien Gewerkschaften angehören. Die Filmgewerkschaft ist im Einverständnis sämtlicher Vertragsparteien kürzlich ausgeschlossen, soweit ich unterrichtet bin, dauernder Vertragsbrüche wegen.“

Nachdem der Streik bei der Terra-Glashaus-Filmgesellschaft zu meiner Kenntnis gekommen war, habe ich mich sofort mit dem Kartell der Gewerkschaften ins Benehmen gesetzt, um den Konflikt möglichst schnell beizulegen. Von dem Vertreter des Vorsitzenden wurde mir mitgeteilt, daß ein Streit über Löhne für die freien Gewerkschaften nicht bestehe. Für ihre Mitglieder sei erst vor einiger Zeit ein neues Lohnabkommen mit dem Arbeitgeberverband getätigt worden.

Eine Schlichtung des Lohnstreites bei der Terra-Glashaus-Filmgesellschaft erschien danach fast aussichtslos. Der Führer der Filmgewerkschaft mußte selbst wissen, daß der Arbeitgeberverband nicht in der Lage ist, für eine kleine Zahl von Arbeitern etwas anderes zu vereinbaren, als von den maßgebenden Gewerkschaften für die überwiegende Mehrheit der in der Filmindustrie beschäftigten Arbeiter festgesetzt worden ist.

Der Zweck des Streiks war denn auch nicht die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Belegschaft, sondern die Störung des durch den Tarifabschluß gesicherten Arbeitsfriedens.

Trotzdem habe ich eine Verhandlung mit der Filmgewerkschaft und dem Arbeitgeberverband herbeigeführt. Als sich dann aber zeigte, daß der Führer der Filmgewerkschaft nicht bereit war, seine Taktik, den am Tarifvertrag beteiligten freien Gewerkschaften Schwierigkeiten zu bereiten, aufzugeben, habe ich allerdings erklärt, daß es Aufgabe des Herrn Polizeipräsidenten sein müsse, die Mitglieder der übrigen Gewerkschaften vor den Auswirkungen des Streiks zu schützen. Die Schlichtungsinstanz wäre hierzu nicht in der Lage.

Soweit die Ausführungen in dem Artikel persönlicher Art sind, sehe ich von einer Stellungnahme ab.“

Dazu ist zu bemerken: Es ist nicht richtig, daß die Filmgewerkschaft aus dem Lohnkartell ausgeschlossen wurde. Es ist nicht richtig, daß Herr Körner vom Vertreter des Lohnkartells erklärt worden ist, ein Streit über die Löhne bestehe für die freien Gewerkschaften bei der „Terra-Glashaus“ nicht; es wurde ihm vielmehr gesagt, daß die „anderen“ Organisationen dort keine Mitglieder haben und deshalb an dem Streik nicht interessiert seien.

Die „Terra-Glashaus“ gehört übrigens dem Arbeitgeberverband der deutschen Filmindustrie, mit dem das Lohnabkommen abgeschlossen wurde, gar nicht an, sondern dem Verband der Filmindustriellen. Es konnte also schon deshalb von einem Vertragsbruch keine Rede sein.

Die Behauptung, daß der Streik nicht die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Belegschaft, sondern die Störung des Arbeitsfriedens zum Zweck gehabt habe, ergänzt durchaus ebenbürtig die Drohung mit der Polizei, die Herr Körner etwas verfahrensrechtlich zugibt. Wir können uns vorstellen, daß derartige Ausführungen von einem Unternehmervertreter gemacht werden. Aber auch wir halten sie für unvereinbar mit der Stellung eines Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses.

Die Betriebsräte in der Metallindustrie.

Die Ortsgruppe Berlin des Metallarbeiterverbandes hatte kürzlich nach den Sophienhallen eine Betriebsrätekonferenz der Metallindustrie des Bezirks Berlin einberufen, die sehr stark besucht war. In seinen einleitenden Worten wies Genosse Jiska darauf hin, daß diese Konferenz nur eine Fortsetzung der Reichskonferenz der Betriebsräte zu Ende des Jahres 1924 sei.

Das erste Referat hielt der Verbandsvorsitzende, Genosse Dismann über die Aufgaben der Betriebsräte in der gegenwärtigen Zeit.

Während, so führte er aus, die Reaktion in einer geschlossenen Front planmäßig vorgeht, ist bei den Proletariern eine bedauerliche Zerfahrenheit festzustellen. Das Kriegsgeld mußte begabren werden. Das Betriebsrätegesetz haben natürlich als Kompromißarbeit seine Mängel, aber es sei eine gute Grundlage. Die Arbeiter benutzen leider nicht viel ihre Rechte, die ihnen aus diesem Gesetz zufließen. Das wird uns stets entgegengehalten, wenn wir Verbesserungen des Gesetzes fordern. Wenn der Betriebsrat günstig arbeiten soll, muß ein geschulter Betriebsrat mit einer geschulten Belegschaft arbeiten, damit das Unternehmertum wieder Achtung vor der Arbeiterbewegung bekommt. Der Redner wandte sich dann gegen die Schutzpolitik und trat für Industrieverbände an Stelle der bestehenden Berufsorganisationen ein.

Es sprach dann Genosse Schroeder vom IFA, der die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit zwischen Arbeitern und Angestellten betonte. Ueber die Rechte der Betriebsräte und ihrer Anwendung referierte Jahnke. Es wurde zum Schluß ohne jede Diskussion eine Resolution folgenden Inhaltes einstimmig angenommen:

Die Betriebsrätekonferenz der Betriebsräte der Metallindustrie Groß-Berlins erkennt in der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterorganisation den einzigen Rückhalt für die Lösung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben. Sie sieht einmütig auf dem Standpunkt, daß die den Betriebsräten zugewiesene Aufgaben nur erfüllt werden können, wenn der Streik und die Zerrissenheit in der organisierten Arbeiterschaft aufhört. Die Betriebsrätekonferenz fordert die Verwirklichung der Versprechungen des Art. 165 der Reichsverfassung. Durch Schaffung dieser Räteorgane ist die Voraussetzung für die Betriebsdemokratie gegeben, die zur Umwandlung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die gemeinwirtschaftliche führen kann. Die Betriebsräte als Funktionäre der freien Gewerkschaften sind überzeugt, daß nur durch solidarische Zusammenarbeit der Angestellten- und Arbeiterräte als gewerkschaftliche Interessenvertreter der Hand- und Kopfarbeiter die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ziele des Proletariats erreicht werden können. Die Betriebsrätekonferenz bringt ferner zum Ausdruck, daß die Betriebsräte für die Erweiterung der Rechte der Belegschaften nur dann wirken können, wenn sie sich auf eine zusammengeschlossene und klaffenbewachte Arbeiter- und Angestelltenchaft stützen. Darum appelliert die Konferenz an die Arbeiter- und Angestelltenchaft der Metallindustrie, in ihrem eigenen Interesse sich den freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterorganisationen restlos anzuschließen als Mittel der Durchführung der proletarischen Wirtschaft.

Angestelltenratswahl der Siemens-Schuckert-Werke.

Die Betriebsratswahl im Verwaltungsgelände der Siemens-Schuckert-Werke, S. m. b. H., Siemensstadt, war im März erfolgt und hatte für die freien Gewerkschaften (FAG) elf Sitze gebracht, während der GdA einen und die Völkisch-Nationalen zwei Sitze bekamen. Die Gedagleute haben sich bei dieser Wahl nicht etwa als Gedagmitglieder bekannt und eine eigene Liste aufgestellt, sondern sich mit anderen Angestellten zu einer „völkisch-nationalen“ Liste zusammengeschlossen. Wiederum ein Zeichen dafür, daß der „Gedag“, trotzdem er es immer wieder leugnet und als politisch neutral gelten will, durchaus „völkisch-national“ eingestellt ist.

Die Völkisch-Nationalen hatten gegen diese Wahl Einspruch beim Gewerbegericht Berlin erhoben, weil einige Streichungen durch den Wahlvorstand vorgenommen wurden. Höchstwahrscheinlich in der Erwartung, bei einer Neuwahl — die Mehrheit in der Betriebsvertretung zu erreichen. Das Gewerbegericht hat nun zwar dem Wahlvorstand in der Urteilsbegründung recht gegeben, aber aus formal-juristischen Gründen die Wahl der Angestellten zum Betriebsrat für ungültig erklärt. Diese bürokratische Entscheidung des Gewerbegerichtes eröffnet wunderbare Perspektiven für die Zukunft, denn sie gibt die Möglichkeit, daß gewisse Angestelltengruppen jede Betriebsratswahl hintertreiben können, indem sie Kandidaten benennen, die nach § 20 Absatz 2 B. G.

An unsere Postbezieher

Die einlaufenden Beschwerden von Postbezieheren veranlassen uns zu der Bitte, beim Ausbleiben der Zeitung zuerst eine schriftliche Beschwerde beim Vorsteher des Bestellamtes einzureichen. Sollte dieser Weg erfolglos sein, ist sofort dem Verlag Nachricht zu geben. Wir bitten, den vorgeschriebenen Weg einzuhalten.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H.

nicht wählbar sind. Durch solche Sabotierungsakte bringen es diese Leute fertig, immer nur in Wahlperioden zu leben, wodurch sie natürlich aus parteipolitischen Gründen die Allgemeininteressen der ganzen Belegschaft schädigen.

Am Freitag, den 10. Juli, haben nun die Angestellten nachmals zum Betriebsrat gewählt. Interessant ist dabei, daß der vorherige Wahlvorstand, dem die Völkisch-Nationalen in ihrem Flugblatt Amiswählbrauch und Wahlbeeinflussung vorwerfen, zu dieser Wahl wiederum als Wahlvorstand gewählt wurde, und zwar mit den Stimmen der Völkisch-Nationalen. Das nennt man in solchen Kreisen höchstwahrscheinlich — Konsequenz. Die anscheinend hochgeschraubten Erwartungen der Völkisch-Nationalen haben sich aber nicht erfüllt. Das Resultat dieser Wahl ist:

IFA 10 Sitze, GdA 1 Sit., Völkisch-Nationale 3 Sitze.

Auch diese Wahl zeigte wiederum, daß im Verwaltungsgelände der Siemens-Schuckert-Werke S. m. b. H., Siemensstadt, eine unentwegte, feste Mehrheit der Mitglieder der freien Gewerkschaften vorhanden ist.

Lohnverhandlungen mit dem IFA.

Am gestrigen Dienstag verhandelte das Metallkartell mit dem Verband Berliner Metallindustrieller wegen Erhöhung der Höchsttarbeiterlöhne der Klassen 4 und 5. Da keine Einigung erzielt werden konnte, wird zwecks weiterer Regelung der Forderung der Schlichtungsausschuss angerufen.

Lohnbewegung der Mineralwasserarbeiter.

Die im Deutschen Verkehrsband organisierten Ruischer, Arbeiter und Abzieher in den Mineralwasserfabriken und Bierverlagbetrieben haben in einer Versammlung am Montagabend beschlossen, den Schlichtungsausschuss in Höhe von 3 Mark Zulage pro Woche abzulehnen. Die Versammelten beauftragten ihre Organisation, bevor sie weitere Beschlüsse fassen, nochmals in direkte Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband einzutreten.

Inzwischen ist auf Antrag der Arbeitgeber eine Verhandlung beim Schlichter auf heute, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, angesetzt. Von dem Ausgang dieser Verhandlung wird es abhängen, ob es zu weiteren Konsulten kommt. Eine Versammlung morgen Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus wird endgültig ihre Beschlüsse fassen.

Lohnabkommen im Friseurgewerbe.

Mit Wirkung vom 18. Juli ist mit den Tarifkontrahenten folgendes Lohnabkommen vereinbart worden. Die Wochenlöhne betragen für Herrenfriseure 28 M., für Damenfriseure 30 M., für Herren- und Damenfriseurinnen 28 M., für Friseurinnen 28 M. und für Haararbeiter und -arbeiterinnen 29 M. Qualifizierte Haararbeiter erhalten 32,40 M., Einrichter 34,80 M. Die Zuschläge sind entsprechend erhöht worden. Die Lohnsätze sind Mindestsätze für Mindestleistungen. Bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verächtet werden. Die Haarformervereinigung ist dem Tarifabkommen beigetreten. Der Vorstand. Dier.

Die Stilllegungsfrage im Bergbau.

Aus Essen meldet B. T. V.: Im Laufe dieses wie des kommenden Monats sieht sich die Gelienkirchener Bergwerks A. G. veranlaßt, infolge der veränderten Absatzlage im Kohlenbergbau erhebliche Betriebsbeschränkungen vorzunehmen. So wird die Schachtanlage Rhein-Ebbe 1 bis 2 teilweise stillgelegt; der Betrieb der Becken Jollern 2, Bonifatius und Erin erheblich eingeschränkt. Auch die Kohlereien dieser Becken erfahren eine teilweise Stilllegung. Von diesen Einschränkungsmaßnahmen der Gesellschaft werden ungefähr 3000 Arbeiter betroffen.

Von zwölf auf acht Stunden!

New York, 14. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Standard Oil-Company in New Jersey, der größte Petroleumtrust der Welt, hat am Montag in einer Generalversammlung beschlossen, in allen Werken den zwölfstündigen Arbeitstag auf den achtstündigen herabzusetzen und die Löhne um 25 Prozent durchschnittlich zu erhöhen. Als Urheber dieser Änderung wird der junge Rockefeller genannt.

Der Streik im Großhandel beendet.

Auf Grund eines Vergleichsvorschlages der Schlichtungsinstanz ist der Streik im Großhandel beendet worden. Die Streikenden beschlossen in ihrer gestrigen Versammlung im Gewerkschaftshaus, die Arbeit heute Mittwoch früh wieder geschlossen aufzunehmen. Ueber die Regelung der streitigen Löhne soll zwischen den Parteien verhandelt werden.

Der Ortsausschuss Berlin des ADGB. hat seine Jahresplenarversammlung zu heute Mittwochabend 6 1/2 Uhr in das Gewerkschaftshaus, Saal 1, einberufen. Den Delegierten des Ortsausschusses und den Vertretern der Unterausschüsse wird der — gedruckt vorliegende — Geschäftsbericht gegeben, nach dessen Erörterung sie die Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen haben. Zutritt nur bei Anweisung durch Einladung und Delegiertenkarte.

Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Der Verbandstag der Fabrikarbeiter in Leipzig nahm am Dienstag eine Entschliessung an, wonach der Estrabeitrag für den Volksscheid am den Achtstundentag als ordentlicher Beitrag anzusehen ist, der gezahlt werden muß. Die vom Vorstand des Verbandes vorgenommene Erwerbung von Grundstücken wurde vom Verbandstag gebilligt und weiteren Anläufen zugestimmt. — Ueber die Zollvorlage wurde einstimmig folgende Entschliessung gefaßt:

„Der 15. ordentliche Verbandstag der Fabrikarbeiter Deutschlands erklart in der Zollvorlage der Reichsregierung eine schwere Bedrohung des deutschen Wirtschaftslebens.“

Die Wiedereinführung der 1914 außer Kraft gesetzten Zölle für Getreide, Fleisch und andere Nahrungsmittel, wie es der Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen verlangt, drückt die niedrige Lebenshaltung des arbeitenden Volkes noch weiter herab, verschlechtert den durch Krieg und Inflation zerrütteten Gesundheitszustand der Arbeiterschaft noch mehr, vermindert die Kaufkraft der ohnehin zu geringen Löhne und führt zu einer weiteren unerträglichen Senkung des Reallohnes. Folgegedrungen müssen diese Wirkungen der Lebensmittelscholle zu schweren wirtschaftlichen Kämpfen führen, denn die vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften ist es, der Arbeiterschaft einen ausreichenden Lohn zu sichern.

Die geplanten Industriezölle bedeuten nicht wirtschaftlichen Schutz, sondern eine schwere Gefahr für die deutsche Industrie, weil sie durch die im Welten aller Zölle liegende Verteuerung der Waren den Absatz der industriellen Erzeugnisse im Inlande und Auslande erschweren und verdrängen. Im Inlande erzwingt die Zollerböhung die Einschränkung des Verbrauchs durch die Verminderung der Kaufkraft. Auf dem Auslandsmarkt verringert sie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und stört die Handelsbeziehungen mit anderen Staaten, die auf die Erhöhung der deutschen Zölle mit Gegenmaßnahmen antworten. Verschlechterung des Arbeitsmarktes, Erhöhung der Arbeitslosigkeit und damit Vermehrung der sozialen Not sind die weiteren Folgen erhöhter Zölle.

Der 15. ordentliche Verbandstag fordert von den gesetzgebenden Körperschaften die Ablehnung der Zollvorlage, die eine einseitige Begünstigung des landwirtschaftlichen und industriellen Großkapitals darstellt. Er verlangt von Reichstag und Reichsregierung eine Handels- und Wirtschaftspolitik, die den sozialen und wirtschaftlichen Interessen der breiten Massen der Bevölkerung gerecht wird und die auf eine Abtragung der hohen Zollmauern hinzielt, die zwischen den europäischen und den außereuropäischen Staaten errichtet sind.“

Ueber die Tarif- und Lohnbewegung im Verbandsgebiet referierte Genosse R. Großmann. Er wies darauf hin, daß mit dem Zusammenbruch der Bahrung der Generalsturm der Arbeitgeber gegen den Achtstundentag begann und die Kalkulationsindustrie als erste den Zehnstundentag durchsetzte, der selbst durch Streik nicht abgewehrt werden konnte. Die wichtigste Aufgabe des Verbandes sei jetzt wieder die Durchführung des Achtstundentages. Weiter müsse angestrebt werden, Ferien verträglich festzusetzen. Größtes Interesse müsse dem Ausbau der sozialen Fürsorge, vor allem dem Schutz für Jugendliche und Arbeiterinnen entgegengebracht werden. Der Schlichterspruch in der Kalkulationsindustrie sei eine Warnung, Schlichtungsausschüsse nach Möglichkeit zu meiden. Besondere Beachtung müsse auch dem Bestreben der Unternehmer geschonert werden, Tarifverträge nicht mit Gewerkschaften, sondern mit Gernergemeinschaften oder Betriebsräten abzuschließen. Echte Abstände seien bisher in der chemischen Industrie getätigt worden. Am 1. September läuft der Vertrag der Papierindustrie ab. Es sei Aufgabe der Gewerkschaft, bei dieser Gelegenheit die Arbeitszeit auf acht Stunden herabzudrücken.

Auf dem Verbandstag, der am Sonnabend zu Ende ging, hielt Genosse Bren als Abchluß ein Referat über das geplante Arbeitszeitgesetz, wobei er einen Ueberblick über die Entwicklung der Arbeitszeit bis zum Achtstundentag gab und besonders auf den vom ADGB geplanten Volksscheid für den Achtstundentag einging. Dabei hob er gegenüber dem Drängen auf schnellste Durchführung dieses Volksscheides die Folgen hervor, die ein ablehnender Entscheid mit sich bringen könnte.

Bei der Wahl des Hauptvorstandes wurden dessen bisherige Mitglieder gegen wenige Stimmen wieder gewählt. Der nächste Verbandstag findet 1928 in Hamburg statt.

Die streikenden Matrosen sowie die Schiffer und Schiffsbesatzungen des Bergwerkes veranlassen sich morgen, Donnerstag, früh 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1, die Tagesordnung wird in der Besprechung bekanntgeben.

Verantwortlich für Politik: Walter Schiff; Wirtschaft: Walter Scherz; Gewerkschaftsbewegung: A. Kleinert; Redaktion: Dr. John Schimanski; Palast und Kontiere: Felix Karst; Anzeigen: H. Gade; Schriftl. in Berlin: Berlin: Vorwärts-Berlin S. m. b. H., Berlin; Norddeutscher Rundfunk; und Verlagsanstalt Paul Sinauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Witz.“

Musikaufträge

Überall man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin O 27, Unter den Eichen 21 (Telefon 4310, 4045), (Geschäftszeit 9 bis 7, Sonntags 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

Vertretung der bestens bewährten zuverlässigsten Marken:

Adler — Fafnir — Opel — Protos
Minerva — Isotta Fraschini

in den neuesten und modernsten Ausführungen, von 4 — 6 — 8 Zylinder — Vierradbremse etc. Karosserien jeglicher Art für erlesensten Geschmack aus renommiertesten Werken

Th. Ratz Automobile A.-G., Berlin W 35, Potsdamer Str. 112



Fernsprecher: Nollendorf 56, 57, 58, 59
Telegramm-Adresse: AUTORAATZ



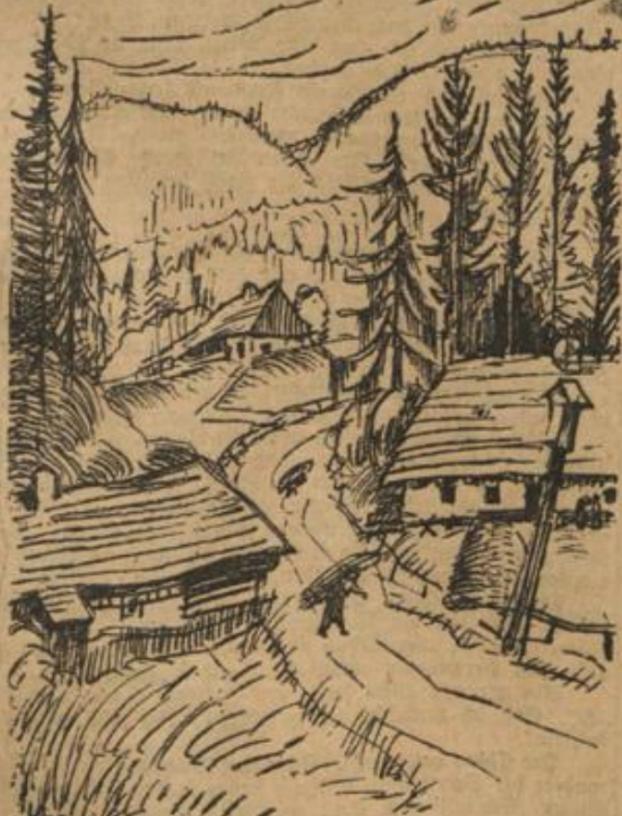
Fernab von jedem Schienenweg liegt das Dorf. Hier verliert sich die Landstraße in der Einsamkeit von Berg und Wald. Immer spärlicher werden die Häuschen rechts und links der Straße, immer niedriger, geduckter. Nun hören sie ganz auf und das Rauschen des Waldes, der meilenweit die Berge bedeckt, begleitet von dem leisen Murmeln des Baches, singt Tag und Nacht das hohe Lied der Natur in ewig gleichem Rhythmus. Ein kristallklarer Himmel, belebt von wandernden Silberwolken und pfeilschnellen Schwalben, wölbt sich über diesen verlorenen Erdwinkel. Doch welch reiches Leben reibt auch hier sein Wesen, mag man nun das vielfältige Treiben der Insekten auf den Wiesen beobachten oder den unermüdeten Gesang der Waldvögel belauschen oder den blitzschnellen Strich der Bachforellen bestaunen.

Bei den Waldmenschen.

Und die Menschen, die hier leben? Wertwürdig, sie sind so rasch dem Blick entzogen, wenn sie sich in dem Walde verloren haben, der rechts und links der Straße emporsteigt. Nach einigen Stunden kommen sie wieder zum Vorschein. Sie tragen ungeheure Bürden von Holz auf dem gebeugten Rücken, gehen vorzüglich mit langsamen, schwankenden Schritten und machen häufig Pausen, um wieder einmal mit unbeschwerter Brust zu atmen. Aber nur selten sind sie krank, und wenn sie schon sterben müssen, so tun sie's in einem so hohen Alter, daß jedem Arzt hier die Grundlagen seiner Existenz entzogen sind und der Pfarrer immer dieselbe Leichenrede halten kann, da seine Zuhörer die vorige längst wieder vergessen haben. Den ganzen Sommer über laufen sie Tag für Tag in den Wald, sammeln das Holz, das am Boden umherliegt und machen es zu Hause klein, um es an der Sonnenseite für die Winterszeit aufzustapeln. Auch die Tannenzapfen, die im Ofen beinahe wie Kohlen lange die Glut halten, sind als Brennmaterial geschätzt. Von den Wiesen und Wealden und den Waldlichtungen bringen sie das Gras herein; es ermöglicht ihnen, eine oder zwei Ziegen zu halten. Wer sich eine Kuh leisten kann, gehört schon zu den angesehenen Leuten.

Der Wohltäter Wald.

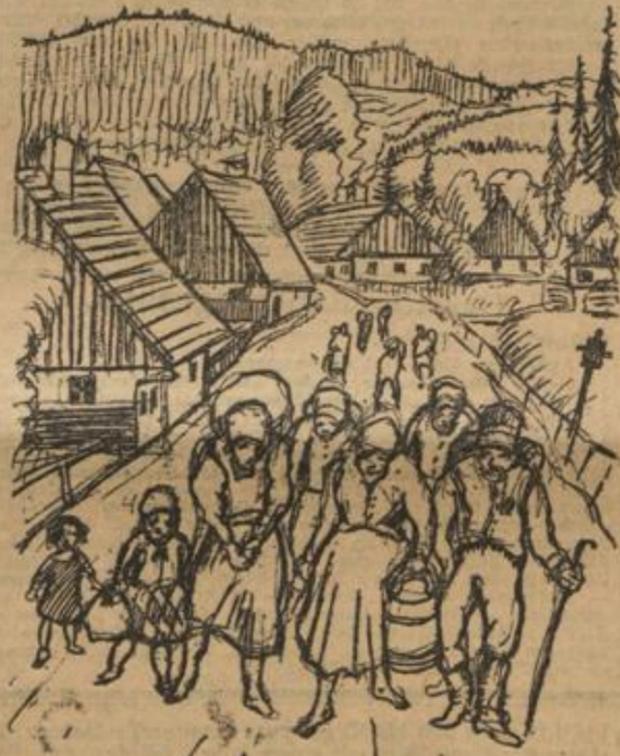
In vielen Häuschen klappern noch die Webstühle. Für lächerlich niedriges Entgelt arbeiten sie in den sorgigen Freistunden für die großen Fabrikherren, von denen sie die Muster beziehen. Ihr einziger, unerschöpflicher Wohltäter aber ist und bleibt der Wald. Wenn der Sommer nah war und die Pilze unter der Schicht von Tannennadeln zu schmelzen beginnen, suchen sie die ihnen wohlbekanntesten ertragreichsten Plätze ab und kehren abends schwerbeladen heim. Fast täglich stehen dann Pilze auf dem Tisch, auf verschiedene Art zubereitet, und werden immer wieder gern gegessen. Auch in die Städte wandert ein Teil dieser Waldprodukte. Die



Im Waldtal.

„große Geschäftskonjunktur“ allerdings bringt die Beerenzeit. Wenn Ende Juli die Heidelbeeren (Blaubeeren) reifen und ihre blauen Früchte unter den grünen Deckblättern zu leuchten beginnen, ziehen die Beerenfänger in aller Herrgottsfrühe scharenweise in den Wald, um spät abends mit Kannen und Körben voll köstlicher Früchte und mit blaugefärbten Lippen und Zähnen heimzukehren.

Denn Millionen und Millionen von Heidelbeerpflanzen wuchern an den Waldrainen und auf den Lichtungen, und dazwischen locken die unscheinbaren Walderdbeeren, deren köstliches Aroma keine andere Sorte mit klingenderem Namen erreichen kann. Purpurne Himbeeren und schwarzfunkelnde Brombeeren sind dem Beerenfänger nicht weniger willkommen. Tag für Tag wird nun in den Wald gewandert und geklaubt. Viele streifen mit Holzkämmen die Heidelbeeren ab. Die meisten jedoch begnügen sich mit der zeitraubenden Fingerarbeit. Sind ein paar Kilo beisammen, so machen sich die



Heimkehr von der Beerenlese.

Frauen, noch ehe der Tag graut, mit den Beeren auf den Weg. Stundenlang laufen sie bis zur nächsten Bahnstation. In der nächsten größeren Stadt finden sie guten Absatz für ihre Ware. Reist haben sie schon ihre bestimmten Abnehmer, denen sie Sommer für Sommer ein gewisses Quantum liefern. Auch bei den Likör- und Fruchtstofffabrikanten, die die Beeren in großen Massen ankaufen, gibt es etwas zu verdienen. Aber es ist herzlich wenig. Ist so wenig, daß gerade die Speise gedeckt sind und etwas Geld übrigbleibt, um sich ein paar Pfund Schmalz und Brot zu kaufen. Sie finden sich aber damit ab; denn da draußen haben sie so, den Wald, der immer von neuem bereit steht für die Ärmsten des Dorfes. Das Leben in dem weltabgeschiedenen Waldtal macht sie fast bedürfnislos.

Wenn der Winter vor der Tür steht, können sie den Frost mit Ruhe erwarten, denn sie haben ihr Brennholz aufgestapelt und für die kleinen Stuben genügen ein paar Scheite, um sie behaglich warm zu machen. Von den Beeren haben sie sich riesige Gläser eingedocht und vielleicht wird es wieder Arbeit geben mit Holzfällen und -Heinmachen. Der Großstädter schüttelt den Kopf über diese Genügsamkeit. Aber die Leute, die vom Walde leben, wissen es besser: sie sind doch die Glücklicheren.

Reichswehr und Stahlhelm.

Man schreibt uns: Berechtigtes Aufsehen erregte am 11. Juli abends gegen 11 Uhr auf dem Bahnhof Reinickendorf-Kothenal folgender Vorfall: Nach Einlaufen des Kleinbahnzuges der Groß-Schönebecker Kleinbahn erschienen auf dem Perron des Vorortbahnhofes etwa 20 Reichswehrsoldaten vom 3. Reiterregiment, um in Richtung Berlin weiter zu fahren. Nun geschah etwas Unverständliches. Fünf bis sechs Stahlhelmlente, die gleichfalls den Zug nach Berlin demjenigen wollten, traten auf die Reichswehrsoldaten (unter denen sich höhere Chargen befanden) zu und begrüßten sie aufs allerherzlichste. Es dauerte gar nicht lange, und Stahlhelm und Reichswehr standen zusammen am Büfett beim frisch-fröhlichen Tun. Soweit die Tatsachen. Das Ansehen der Reichswehr, in der jeder Offizier oder Soldat den Eid auf Fahne und Verfassung geleistet hat, wird durch die Verbrüderung mit einer Organisation, die die Republik offen bekämpft und auch sonst nicht gerade in vorteilhafter Weise von sich reden gemacht hat, bestimmt nicht gehoben. Aber am Ende sieht man in den Berliner Kommandostellen diese Freundschaft sehr gern.

Eine Amtsstube.

Als Martyrium ist es mir immer erschienen, in einem eckigen preußischen Dienstraum etwas erledigen zu müssen. Grausame Erinnerungen an königliche Kasernenstuben erwachen! Griesgrämige Beamte geben mürrische Auskunft, die Fenster sind seit Tagen nicht geöffnet, so daß eine Luft zum Ersticken herrscht, an den sonst kalten Wänden hängen Plakate mit den drohenden Inschriften: „Es ist verboten...“, und der Besucher hat nur die eine Freude, nach getaner Arbeit die Stätte des Grauens verlassen zu dürfen. Bestenfalls hatte ich auf einem Bezirksamt der Stadt Berlin in der Abteilung für Jugendpflege zu tun. Ich habe selten eine angenehme Überraschung erlebt als dort. Entgegenkommende Frauen, liebenswürdige Männer, die keine Spur von dem unnahbaren Hochmut nur allzuvieler Beamter zeigen, bemühen sich im Verein, die zahlreichen Fragen der Mütter, die mit schwächlichen Großstadtkindern an der Hand gekommen sind, um Sohn oder Tochter aufs Land verschicken zu lassen, zu beantworten. Die Fenster sind weit geöffnet, erfrischende Sommerluft strömt herein, Blumen und Kalteen geben dem Raum ein anheimelndes, aufmunterndes Gepräge. An den Wänden hängen Bilder aus dem Leben und Treiben der Jugendbewegung neben künstlerisch ausgeführten Sprüchen und Merkworten. Da liest man: „Erziehung ist Beispiel und Liebe, sonst nichts. Fröbel“ oder „Angst lernen die Kinder nur von den Großen. Engelhardt.“ Auf dem Gange grüßt einen Lessing mit seinem lebensfrohen Worte: „Nur die Sache ist verloren, die man aufgibt.“ und auf der anderen Seite heißt es von Hirtsfeld: „Frage nie: Wer ist schuld, sondern: Was ist schuld.“ Auf jedem Platz ist irgendein Schmutz, sei es ein noch so bescheidenes Geranienbüschchen. Im Zimmer des Jugendpflegers hängt in schlichtem Rahmen ein Bild des ersten deutschen Reichspräsidenten neben anderen Geistesgrößen aus der Vergangenheit unseres Volkes.

Wähten doch möglichst viele Dienststellenleiter die Bureauräume der Abteilung Jugendpflege im Bezirksamt Friedrichshagen aufsuchen. Wähten sie sich ein Beispiel nehmen, damit der Rodergeruch aus den Dienststuben weiche und einem frischen Zuge das Feld räume!

Typhus-Epidemien in Preußen.

Krankheitsherde in Anklam und Solingen. — Abwehrmaßnahmen des Wohlfahrtsministeriums.

Die Typhuserkrankungen mehren sich in schreckenerregender Weise. In dem Städtchen Anklam im Regierungsbezirk Stettin ist, wie mitgeteilt, eine Epidemie ausgebrochen, die sich mit großer Geschwindigkeit ausbreitet und bisher insgesamt 150 Erkrankungen hervorgerufen hat. Das Wohlfahrtsministerium hat Geheimrat Lenz nach Anklam geschickt, um sich ausführlich Bericht erstatten zu lassen. Sein erschöpfender Situationsbericht wurde von dem zuständigen Dezernenten gestern abend telegraphisch erwartet. Es werden dann sofort alle Maßnahmen ergriffen werden, um den gefährdrohenden Seuchenerd abzuräumen und die Epidemie einzudämmen. Auch in Solingen ist eine Anzahl gefährlicher Typhusfälle ausgebrochen. Bis gestern nacht wurden insgesamt 61 Erkrankungen gezählt, darunter 4 Todesfälle. Die Epidemie soll mit Erkrankungen, die sich im vorigen Jahre ereigneten und die angeblich durch die Schuld der Erkrankten nicht vollständig ausgeheilt wurden, in Zusammenhang stehen. Hier ist der Krankheitserreger die schlechte Milch eines abelbeteumundeten Milchhändlers, gegen den jetzt mit allen gesetzlichen Mitteln vorgegangen werden soll. Die Behörden haben hier umfassende Vorkehrungsmaßnahmen ergriffen. Auf einer gestern in Solingen stattgefundenen Pressekonferenz hat sich der zuständige Medizinalrat der Unterstützung der Preise bei der Bekämpfung der Seuche versichert. In größerem Maßstabe sind Impfungen der Bevölkerung erfolgt. Auch wird in amtlichen Bekanntmachungen des Gesundheitsamtes vor dem Genuß ungekochter Milch gewarnt. Begreiflicherweise hat sich in beiden Städten der Bevölkerung eine ziemliche Erregung bemächtigt. Hinsichtlich der in Anklam grassierenden Epidemie muß der Bericht des Referenten des Wohlfahrtsministeriums, Geheimrat Lenz, abgewartet werden, ehe man zu den Ursachen der Epidemie Stellung nehmen kann.

Zunahme der Solinger Typhuskranken.

Solingen, 14. Juli. (WTA) Die Zahl der an Typhus Erkrankten hat sich im Solinger Bezirk auf 89 erhöht. Bisher sind 6 Personen gestorben. In Gräfrath erkrankten neun, in Wald vier und in Hochscheid eine Person.

Ein Mord im Grunewald?

Einen graufigen Fund machten Spaziergänger vorgestern abend um 9 Uhr im Grunewald. Im Zogen 83 zwischen dem Teufelsberg und Eichkamp stehen sie in einer Schanung auf die so stark verweste Leiche eines Mannes, daß fast nur noch noch das Skelett übrig war. Der Kopf lag in normaler Lage, aber vom Rumpfe getrennt. Die Polizei, die die Spaziergänger benachrichtigten, brachte die Leiche nach dem Schauhaus in Charlottenburg. Irgend eine Waffe wurde bei ihr nicht gefunden. Wie der Mann geendet hat, läßt sich also nicht sagen. Auch die angeordnete Obduktion wird es kaum noch feststellen können. Vielleicht hat er sich vergiftet. Möglich ist auch, daß jemand bei dem Toten eine Waffe gefunden und weggenommen hat. Der Unbekannte, dessen Gesicht nicht mehr kenntlich ist und dessen Alter deshalb auch nicht annähernd angegeben werden kann, ist mittelgroß und schlank. Er trug einen schwarzen Hut mit dem Zeichen „Union“, einen dunkelgrünen Jacketanzug mit roten und gelben Längsstreifen, schwarze Schuhschuhe und ein Oberhemd, aus dem das Zeichen herausgerissen ist. Bei sich hatte er ein Bund Schlüssel, darunter einen Patent Schlüssel mit der Bezeichnung „Heimatschutz Schloß“ und dem Monogramm W. S., ein kleines Taschenmesser, ein Buch aus der Miniatur-Bibliothek „Der Kaufmann“ und ein Feuerzeug mit dem Zeichen „Friedrichshagen-Offenbach a. Rain.“ Da die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß der Tote das Opfer eines Verbrechens wurde, so hat sich Kriminalkommissar Büniger von der Reichswehr-Kommission sofort an Ort und Stelle begaben, um die weiteren Nachforschungen in die Wege zu leiten. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Büniger, Zimmer 88a des Polizeipräsidiums, entgegen.

Dampferfahrten.

Vom deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: „Wiederholt haben wir in der Partei- und Gewerkschaftspresse der Arbeiter, Angestellten und Beamten darauf aufmerksam gemacht, daß es im Bereich der Groß-Berliner Gewässer noch einen Teil Dampfschiffahrts-Redereien gibt, mit denen kein Tarifverhältnis mit der zuständigen Organisation besteht. Tarifstreik sind die Redereien Langwald und Schmoltke, Berlin C 2, An der Stralauer Brücke 8. Fernsprecher: Alexander 4200 und Köpenick 3288 sowie die Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Velta“, Lützow, Unter der Hakenbrücke, Fernsprecher: Tegeel 1103. (Wegen der Ausfahrtszeiten siehe Anzeiger). Bei Einzel- und Vereinsfahrten bitten wir, dieses zu berücksichtigen. Weitere Auskunft erteilt der Deutsche Verkehrsband, Mitgliedschafts-Büro, Bismarck- und Wasserhauspersonal der Elbe, Oder und Märkischen Wasserstraßen, Berlin SO 18, Michaelstr. 2 II. Fernsprecher: Roritzplatz 11160.

Ostelbien bei Berlin.

Im Osten Berlins, an der Straße Berlin-Müncheberg, liegt die Gemeinde Rehfeld a. d. Ostbahn. Auf Grund der in den Jahren 1919 erfolgten Aufrufe begann auch hier eine großzügige Siedlungstätigkeit. Die zuständigen Behörden unterstützten diese Bestrebungen durch finanzielle Zuwendungen in Form von Baukostenzuschüssen usw. In kürzester Zeit haben sich dort mehrere Kolonien z. B. Herrensee, Herrenhorst, Richterswalde usw. gebildet und sind stark bevölkert. Soweit ist alles in Ordnung. Der hinführende Bote kam aber schnell nach, und zwar wurden die wegen der Weg- und Verkehrsverhältnisse gegebenen Versprechen bis heute noch nicht erfüllt. Diese spotten jeder Beschreibung. Die Kolonien sind nur nach stundenlangen Märschen zu erreichen, sobald man sich auf gefahrlieh erlaubten Wegen dorthin begibt. Als Fahrverbindung kommt die Vorortstrecke Berlin-Strausberg in Betracht. Ab hier beginnt nun die Wanderung. Zwei Wege gibt es nur, und zwar der eine über Schlagmühle von zirka 10 Kilometer Länge durch tiefen Wald und der andere von zirka 15 Kilometer Länge über Heindorf, Dorf Rehfeld. Um nun auf schnellere Art zur Bahn bezw. zur Arbeitsstelle zu kommen, haben sich die Siedler einen Weg von zirka 3 1/2 Kilometer Länge ausgeklüffelt, der aber nur unter Lebensgefahr und Gewährung einer Strafanzeige zu passieren ist. Dieser Weg führt nämlich unmittelbar auf der Bahnstraße entlang. Längere Zeit erlaubte man dieses stillschweigend, bis vor etwa Jahresfrist eine allgemeine Razzia auf die Strecke entlanggehenden Siedler veranstaltet wurde und die Bestrafungen nur so raschelnd. Demzufolge war man nun wieder auf die weitausgehendere Wege angewiesen. Man kann sich wohl hiernach vorstellen, welchen ungeheuren Anstrengungen man sich bei der Fahrt unter Lebensgefahr und Gewährung einer Strafanzeige aussetzen muß. In Krankheitsfällen ist die Herbeischaffung eines Arztes ebenfalls nur nach Stunden möglich. Weiteren Personen ist es ebenfalls benommen, jemals nach Berlin oder umgekehrt zu fahren, denn alles scheitert an den Weg- bzw. Verkehrsverhältnissen. Für alleingehende Frauen und Kinder ist der Waldweg nicht ohne Gefahr, denn Ueberfälle und Unglücksfälle sind nicht selten. Im Winter, wenn alles voll Schnee liegt oder bei Tauwetter, ist es überhaupt nicht möglich, ohne Gesundheitsgefährdung sein Ziel zu erreichen. Der Schulgang der Kinder muß vollständig ausfallen. In allen diesen Räten mandieren sich die Siedler an die Reichsbahn mit der Bitte, an dem für einen Haltepunkt bereits vorgesehenen Stellwerk Herrensee die schon verkehrenden Pendelzüge Strausberg-Müncheberg, dort halten zu lassen. Eine hohe Bureauplatz leitet dies aber ab mit dem Bemerkten, daß 1. die Siedler die Anlagelosten nicht tragen würden, und 2. eine Rehrainnahme für die Reichsbahn wohl nicht in Frage käme.

Weshalb macht man es den Siedlern hier in Deutschland so schwer? Andere Staaten bauen erst Bahnen und fordern dann zur Siedlung auf. Bei uns dagegen heißt es: „Siedelt euch an“, und wenn es sich nachher lohnt, werden wir die Bahn dort halten lassen, aber auch nur dann, wenn ihr die Anlagelosten bezahlt. Wo bleibt da die so oft versprochene großzügige Unterstützung der Siedlungstätigkeit?

Herzberge als letzter Ausweg.

Die Eheleute Sawahki betrieben in der Holzmarktstraße eine Bar; da der Mann aber selbst eine sehr große Vorliebe für die Getränke hatte, die er ausrichtete, ging es mit beiden bald wirtschaftlich bergab. Der Mann mißhandelte in der Trunkenheit seine Frau und die Kinder in rohester Weise, so daß diese das schlimmste befürchteten. Sie sah die einzige Rettung in der Würdlichkeit, den Mann in eine Anstalt bringen zu lassen. Tatsächlich ließ der Mann sich zu einer ärztlichen Untersuchung überreden, bald erhielt dann die Frau das ärztliche Urteil, daß der Mann nunmehr der Trinkerabteilung einer geschlossenen Anstalt überwiesen werden mußte. Die Frau eilte damit nach Herzberge und bald kam ein Transportwagen der Anstalt mit mehreren bewaffneten Wärtern vorfahren, welche den „Gefestrannten“ trotz heftigen Sträubens abführten. In Herzberge stellte sich bald heraus, daß der Eingekerkerte im nüchternen Zustande gesund und harmlos war. Jetzt drehte er den Spieß um und brachte seine Frau wegen Freiheitsberaubung auf die Anklagebank. Vorlesend: „Sie sind etwas weitergegangen, Angeklagte, als Sie eigentlich durften, aber das Gericht hatte Verständnis für Ihre schwierige Lage und wir sind in der Annahme Ihrer Gutgläubigkeit zu dem Entschluß gekommen, Sie freizusprechen. Aber zunächst schicken Sie Ihren Mann nicht wieder so leichtfertig nach Herzberge.“

Die Baumwollplücker.

21]

Roman von B. Traven.

Copyright 1925 by B. Traven, Columbus, Tamaulipas, Mexico.

Er sagte: „Was tu ich mit den paar laufigen Kröten? Da hat man nun sieben Wochen geschuftet wie ein verrückter Regerknecht, in der Hut, von früh um vier bis Sonnenuntergang, dann heim. Und dann abgeradert, daß man kaum noch einen Knochen rühren kann, noch den elenden Fraß zu kochen und runterzuschlingen. Keinen Sonntag gehabt, kein Vergnügen, keine Musik, kein Tanz, kein Mädchen, keinen Schnaps und den schlechtesten Tabak. Was soll ich mit dem Laufsedel da anfangen?“

Dabei schob er mit dem Fuß das Geld fort. „Mein Hemd ist in Fetzen“, schimpfte er weiter, „meine hohle Lumpen, meine Stiefel, guck sie dir an, Antonio, keine Sohle, kein Oberleder, kein Riemen, sogar die Riemen sind zwanzigmal getnotet. Und nicht bleibt übrig und geschuftet wie ein Pferd. Ja, wären es wenigstens vierzig Pesos!“

Als er das sagte, heiterte sich sein Gesicht auf. „Mit vierzig Pesos“, sagte er, „kame ich zurecht. Könnte nach Mexico Capitale fahren, mir neue Lumpen kaufen, damit man auch anständig aussieht, wenn man zu einem Mädchen „Buenos tardes!“ sagen will. Und man hat noch ein paar Pesos übrig, um es ein paar Tage auszuhalten.“

„Du hast recht, Gonzalo“, sagte ich nun, „vierzig Pesos sind es auch gerade, die ich haben müßte, um wenigstens das Notdürftigste zu kaufen.“

„Weißt du was?“ sagte darauf Gonzalo, „laß uns um das Geld spielen. Keiner von uns kann mit den paar Dreckgroschen etwas Rechtes anfangen. Wenn du mein Geld noch dazu bekommst oder ich das deine, dann kann doch einer von uns wenigstens etwas werden, denn so, wie es jetzt ist, ist jeder ein Bettler. Diese paar Groschen verkauft man doch gleich auf den ersten Sitz aus lauter Wut, daß man umsonst geschuftet hat.“

„Die Idee von Gonzalo war nicht schlecht“, erzählte Antonio weiter. „Ich hätte mein Geld auch gleich verpfändet. Wenn man mit dem gottverfluchten Tequila erst einmal anfängt, hört man nicht eher auf, bis der letzte Centavo vermischt ist. Das geht dann durch, besoffen, nüchtern-besoffen, nüchtern-besoffen immerfort bis alles hin ist. Und was man nicht selber durch die Gurgel rasselte, da helfen dann die Mitsäufer, und der Wirt beschwindelt einen ums Dreifache, und der schätzbare Rest wird einem aus der Tasche gestohlen. Das kennen Sie doch, Gale?“

Und ob ich das kannte! Ob ich den Tequila kannte, der einem die Kehle zerreißt, daß man sich nach jedem Glas

Er stahl wie ein Rabe.

„Lieber Staatsanwalt, befreie uns...“

Nicht weniger als 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust beantragte der Staatsanwalt gegen den früheren Fährlich Friedrich Wilhelm Cluever wegen Diebstahl und Betruges, obwohl dieser Angeklagte zum ersten Male vor Gericht stand. Seine Handlungsweise war aber auch derartig, daß der Anklageerstreiter ihn als einen bodenlos gemeinen Charakter von seltener Gemeingefährlichkeit bezeichne.

Was die Verhandlung über die Strafsachen Cluevers vor dem Schöffengericht Charlottenburg enthielt, ließ in der Tat in einem Abgrund moralischer Verworfenheit blicken. Ueberall, wo der Angeklagte Gastfreundschaft genossen hatte, war von ihm mit schändlichem Unbarm gelohnt worden. Selbst seine eigene Mutter hatte er um all ihre Ersparnisse und ihre Schmuckstücke, die sie als Rotgroschen aus den Räten der Zeit gerettet hatte, gebracht. Bezeichnend war es, daß der eigene Anteil des Angeklagten im Laufe des Ermittlungsverfahrens das Stohgebiet ausließ: „Lieber Staatsanwalt, befreie uns von diesem Menschen und halte ihn recht lange fest“. Der jetzt 26 Jahre alte Cluever war 1919 Degefährlich bei verschiedenen Kapallerieeinheiten gewesen. Nach seinem Ausscheiden vom Militär befaßte er einen Leiter aus dessen Rittergut und dort stahl er gemeinsam mit dem ebenfalls als Gast anwesenden Handlungsgehilfen Ludwig B. einen wertvollen Brillantring. Dann kam er nach Berlin und suchte den General der Infanterie von Ehdorf auf, der ihn vom Kadettenkorps her kannte. Hier spielte er sich als Aufrührer auf und erzählte eine rührselige Geschichte, daß ihm die Mutter, die Schwester und deren Gatte zu gleicher Zeit infolge einer Beiratung gestorben seien. Rittmeister wurde ihm Aufnahme in der Familie gewährt, wo er drei Monate wie ein Kind im Hause gehalten wurde. Bald verschwand ein sehr wertvoller Brillantring. Der Angeklagte hatte die Dreistigkeit, den Verdacht auf eine ganz unschuldige Köchin zu lenken, die dank seiner Bemühungen beinahe verhaftet wurde. Nach diesem Gaunerstückchen ging er systematisch an die Ausraubung des Silberbestandes. Schließlich fiel auf ihm selbst der Verdacht, von dem er sich aber durch sein geschicktes Auftreten einigermaßen zu reinigen mußte. Trotzdem sollte er aber, als das Ehepaar von Ehdorf nach Dresden zu einem Familientag fuhr, noch an demselben Abend das Haus verlassen. Bevor er aber abreiste, benutzte er die Gelegenheit, um nun vollends alles, was noch an Schmuck vorhanden war, auszuräumen. In ähnlicher Weise hat er noch eine ganze Reihe von Personen um ihre Verbsachen geprellt. Nach seiner Behauptung sollen die Schlüssel stecken geblieben sein. Das Gericht konnte ihm auch nicht den Gegenbeweis machen, und so konnte er nur wegen einfachen Diebstahls bestraft werden und blieb vor dem Zuchthaus bewahrt. Landgerichtsdirektor Grohne meinte aber, daß die niederträchtige Handlungsweise des Angeklagten die ganze Strenge des Gerichts verdiene, da des Publikums gegen solche Burschen geschützt werden müßte. Die erkannte Strafe gegen Cluever lautete auf 4 Jahre 3 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Ein Jahr 3 Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Ein außergewöhnlicher Anfall. Gestern nachmittag wurde in der Grolmanstraße nahe dem Kurfürstendamm ein Schäferhund überfahren und schwer verwundet. In seinem rasenden Schmerz rannte das Tier in den nahegelegenen Zigarrenladen der

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 15. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
5-6.30 Uhr abends: Drittes Kinderfest der Funkstunde.
7.10-8.05 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule. (Bildungskurse).
7.10 Uhr abends: Abteilung Heilkunde. Dr. Paul Borinski: „Die Milch in ihrer gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedeutung“. 8. Vortrag. „Die Milchversorgung der Großstädte“. 7.45 Uhr abends: Abteilung Musikwissenschaft. Dr. Leopold Hirschberg: „Das deutsche Kinderlied“. 8.30 Uhr abends: Sechs Kammermusikabende des Roth-Quartetts in chronologischer Reihenfolge (Roth - Stromfeld - Spitz - Lutz). Dritter Abend. 1. Schubert: Streichquartett D-Moll, op. posth.: „Der Tod und das Mädchen“. Allegro - Andante con moto - Scherzo - Presto. 2. Schubert: Klavierquintett A-Dur, op. 114 (Forellnquintett), Allegro vivace - Andante - Scherzo - Andantino - Thema con variazioni - Finale, Allegro giusto (Theophil Demetrescu, Klavier; Rudolf Klitz, Bass). Anschließend: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Firma Reumann, Grolmanstr. 30, sprang auf eine dort befindliche Dame zu und verbiß sich in deren Nase. Sie wurde alsbald von einem in der Nähe wohnenden Arzt verbunden. Der Hund verendete kurze Zeit danach.

Gerichtsferien.

Auch in jenen beiden Kriminalgerichten in Moabit, die eigentlich nur vom menschlichen Leid zu erzählen wissen, läßt heute ein leiser Ruf gedämpfter Freude... Ferien! Welch silberhellen, frohen Klang hat doch gerade dieses Wort, das für den ringenden und arbeitenden Menschen auf kurze oder lange Zeit die goldene Freiheit im wahren Sinne des Wortes bedeutet. Und doch wird dem Ohr der leise Unterton nicht entgehen, der dem Worte Freiheit hier in den ersten Räumen der Justiz anhaften muß! Nur wenige Meter hinter den stattlichen Gerichtsgebäuden erheben sich hohe, feste Mauern, die das Untersuchungsgefängnis mit seinen kleinen, vergitterten Fenstern umgeben. Auch zu jenen, die hier oft qualvoll ihrem Schicksal entgegensehen, zu den Gefangenen, irrt leise, ängstlich, als müßte er, wie weh er tut, derselbe Ruf... Ferien, ungebundene, goldene Freiheit! Wir wissen, wie sehr gerade in der jetzigen Zeit auch vielen dieser Leute neben unserem Mitleid auch unser Verständnis gehören sollte! Vor allen aber jenen, denen heute ihr Schicksal noch schwerer wird als sonst. Die in bitterer Not fehlten, sich ehrlichen Herzens wieder darnach sehnen, Mensch unter Menschen zu sein.

In der Hauptsache aber wird man von eigentlichen Ferien wohl kaum in Moabit sprechen können. Es wird sicher etwas ruhiger in den großen Hallen und Fluren der beiden Kriminalgerichte zugehen, sich aber sonst nur um eine Einschränkung des Betriebes handeln. Nur in ganz seltenen Fällen pflegen in dieser Zeit die Schwurgerichte zusammenzutreten. Das Landgericht II könnte leicht dazu kommen, einen solchen Ausnahmefall eintreten zu lassen. Der Polizeiwachmeister Gehrt, der bekanntlich wegen Doppelmordes an seiner Frau und ihrer Mutter schon vor den Schwurwägen stand, wurde zur Beobachtung überwiesen und könnte jetzt während der Ferienzeit zur Aburteilung gelangen. Aber auch für den 20. Juli ist ein Sensationsprozess zu erwarten, da an diesem Tage der Strausberger Postraub seine Sühne finden soll. Dann laufen alle Strafsachen, besonders Haftsachen weiter, nur nicht allzu wichtige Prozesse pflegt man ruhen zu lassen. Das Landgericht I kann sich auf eine allzu große Einschränkung überhaupt nicht einlassen. Man hat hier nur auf eine große Strafammer verzichten können. An Stelle ihrer fünf Tagen also für die nächste Zeit nur vier große Kammern. Fast dieselben Verhältnisse sind bei den anderen Landgerichten und bei den Schöffengerichten. Das Zivilgericht entsendet genau wie in früherer Zeit mehrere Direktoren, die selbst schon Strafkammern vorgestanden haben. An Strafterminen wird also leider kein Mangel sein! Im allgemeinen sind aus diesem Grunde die Einschränkungen im „Betriebe“ diesmal weit geringere, als es sonst der Fall war. Von einer richtigen Ferienstimmung in Moabit kann man also wohl kaum reden.

Mit dem Ende der richterlichen Urlaubszeit aber wird dann nicht nur mit der vollen Wiederaufnahme der Geschäfte gerechnet, sondern dann soll erst einmal die schmerzlich erwartete allgemeine Amnestie ihren Einzug halten! Sie wird vielen Gefangenen eine hoffentlich dauernde „Ferienfreude“ bereiten.

Sein Mißi.

Eine große Anzahl Verhehlungen hatten dem Kaufmann Oswald v. Sch. eine Anklage wegen eines vollendeten und eines versuchten Einbruchdiebstahls zugezogen. Diese Einbrüche waren bei Krankenschwestern verübt worden. Die Spezialität Sch.s war es, Schwestern aufzufuchen, und sie um Unterstützung zu bitten. Der Verdacht fiel auf ihn, weil er an der einen Stelle am Tage vor dem Einbruch gewesen war. Als er dann wieder bei einer Schwester vorprach, wurde er verhaftet. In der Verhandlung versicherte er, daß er mit diesen Sachen absolut nichts zu tun habe. Aus seinen Strafsakten werde hervorgehen, daß er bisher stets geständig gewesen sei. Hier könne er aber nichts gesehen, denn er wäre vollständig unschuldig. Vorj.: Sie haben sich aber am Tage vorher auffällig gemacht? Angekl.: Nur durch meine Persönlichkeit. Vorj.: Wenn man nervös ist, sieht man sich doch nicht die Schloßer so genau an. Angekl.: Wenn das Schloß nun gerade vor meinen Augen liegt, muß ich doch darauf hinsehen. Vorj.: Dieses Schloß ist aber erbrochen worden. Angekl.: Das weiß ich nicht. Vorj.: Nachbarn haben Sie aber auf der Flucht wiedererkannt. Angekl.: Erlens bin ich es nicht gewesen, verehrter Herr Richter, und dann kann man nachts um 2 Uhr nie-

schüttelein muß und schnell ein paar eingemachte Bohnen, die einem der kluge Wirt mit einem spitzen Hölzchen zum Aufspießen hinstellt, hinterher schlucken muß, um den Petroleumgeschmack los zu werden. Aber man trinkt in einem fort wie befehen, als ob man behergt wäre oder als ob dieser Rachenzerreißer ein Zauberrant wäre, den man aus irgendeinem mysteriösen Grunde durch die Kehle jagen muß, ohne ihn mit der Zunge zu betasten. Und wenn man dann endlich glaubt, genug zu haben, hat man weder Hirn, noch Körper, noch Blut. Man hört auf zu existieren. Das Daseinsbewußtsein verflöcht vollständig. Alles ist fortgewischt. Sorgen, Leid, Aerger, Jörn. Uebrig bleibt nur das absolute Nichts. Welt und Ich sind verweht. Nicht einmal Rebel bleibt.

Antonio brütete eine Weile vor sich hin wie in der Erinnerung lachend. Dann fuhr er in seiner Erzählung fort: „Wir hatten keine Karten und keine Würfel. Wir zogen Hölzchen. Aber der gefakte Beso ging immer hin und zurück. Es wurden nie mehr als fünf Pesos, die aus der einen Tasche zur anderen gingen. Sam spielte auch mit, und auch sein Geld wechselte nicht von Haus zu Haus.“

Es war nun schon ziemlich spät in der Nacht geworden. Bieleicht zehn oder elf Uhr.

Da wurde Gonzalo wütend und fluchte wie ein Wilder, jetzt habe er genug von diesem Kinderpiel, jetzt wolle er endlich wissen, woran er morgen früh sei.

„Ja, weißt du denn einen anderen Vorschlag?“ sagte ich zu ihm.

„Nein!“ erwiderte er, „das ist es ja gerade, was mich so wütend macht. Wir albern hier herum wie die kleinen Kinder, ohne zu einem Ende zu kommen. Immer hin und her. Es ist zum verrückt werden!“

Dann als er eine Weile beim Feuer gehockt hatte, in die Blut starrte, sich eine Zigarette nach der anderen drehend und jede kaum angeraucht ins Feuer warf, sagte er, plötzlich auffpringend: „Jetzt weiß ich, was wir tun. Wir machen ein Azteken-Duell um die ganze Summe.“

„Ein Azteken-Duell?“ fragte ich. „Was ist denn das?“

Gonzalo war aztekischer Abstammung. Er war aus Huehuetoca, und seine Vorfahren waren einst Caciques gewesen. Das ist so etwas wie Heerführer und Statthalter. Die Erinnerung an solche Adelsfamilien wird auf dem Lande durch Tradition festgehalten, so gut festgehalten, daß sehr selten ein Irrtum unterläuft.

„Ja, weißt du denn das nicht, was das ist, ein Azteken-Duell?“ sagte Gonzalo erstaunt.

„Nein“, gab ich zur Antwort, „wie sollte ich denn? Wir sind doch spanischer Abkunft, wenn wir auch schon mehr als zweihundert Jahre hier sind, Vaters und Mutters Seite. Aber von einem Azteken-Duell habe ich nie gehört.“

„Aber das ist ganz einfach“, sagte Gonzalo. „Wir

nehmen zwei junge, gerade gewachsene Bäumchen, binden oben unsere Messer fest daran und werfen sie dann gegenseitig aufeinander los, bis der eine aus Ermattung nachgeben muß. Einer von beiden muß ja zuerst ermüden. Und wer stehen bleibt, hat gewonnen, der kriegt dann das ganze Geld. Dann kommen wir doch wenigstens zu einem Ende.“

Ich überlegte mir das eine Weile, denn es schien mir eine ganz verrückte Idee zu sein.

„Du hast doch nicht Angst, Spanier!“ lachte Gonzalo.

Und weil in seinen Worten so ein merkwürdiger Ton von Verhöhnung lag, brauste ich auf:

„Angst vor dir? Vor einem Indianer? Ein Spanier hat nie Angst! Das will ich dir gleich beweisen. Los zum Azteken-Duell!“

18.

Wir nahmen ein flammendes Holzschicht vom Feuer und trochen im Busch herum, bis wir zwei passende Stämmchen gefunden hatten.

Sam wurde beauftragt, genügend Holz heranzuschleppen, damit wir ein tüchtig Feuer bekämen, um beim Kampfe auch Zielsicht zu haben.

Wir befreiten die Stämmchen von den Ästen und banden oben unsere aufgespalteten spitzen Taschenmesser fest an.

„Selbstverständlich lassen wir nicht die ganze Messerlinge überleben“, sagte Gonzalo. „Denn wir wollen uns ja nicht ermorden. Es ist ja nur um das Spiel. Das Messer braucht nicht weiter überleben, als der halbe kleine Finger. So, das ist gut!“ sagte er hinzu, meinen Speer betrachtend. „Jetzt binden wir unten noch ein Stück Holz an, um dem Speer ein richtiges Schafgewicht zu geben, damit er nicht flattert.“

Dann umwickelten wir unseren linken Arm mit Gras und einem Saad, um ein Abwehrschild zu haben. „Denn“, erklärte Gonzalo, „der Schild ist wichtig. Das ist ja eben gerade das Vergnügen, aufzufangen und abzumehren.“

Als wir mit allem fertig waren, sagte Sam: „Ja und ich? Soll ich vielleicht nur zugucken? Ich will auch mitspielen.“

Der Chino hatte recht. Für seine Müheleistung als Bewahrer der Spielsumme und als Zeuge mußte er seinen Lohn haben. Sie wissen ja, Gale, was für Spielratten die Chinos sind. Die würden die Frachtkosten für ihren Reichtum verpielen, wenn ihnen das nicht gegen alle Moral ginge.

„Ho!“ sagte Gonzalo zu Sam. „Du kannst ja auf einem von uns wetten.“

„Fein“ erwiderte Sam. „dann wette ich auf dich, Gonzalo. Fünf Pesos. Wenn du gewinnst, bekomme ich von dir fünf Pesos und wenn du verlierst, kriegst du von mir fünf Pesos. Du hast ja kein Interesse zu verlieren, weil du dann deine zwanzig Pesos los würdest.“

(Schluß folgt)

SAISON AUSVERKAUF

Beginn 1. Juli

in fast allen Abteilungen

Mengenabgabe vorbehalten

Bis zur Hälfte herabgesetzt sind die Preise unserer Waren in den bekannt guten Qualitäten

Wollcrêpe 100 cm breit, in den neuesten Farben Meter **3⁹⁰**

Gabardine reine Wolle, 100 cm breit, solide Farben Meter **4⁹⁰**

Ein Posten **Satinkasaks** in schöner bunter Anmusterung **4⁹⁰**

Ein Posten **Vollvoilekasaks** mit Rippeband reich garniert, in schönem buntem Dessin **6⁷⁵**

Damen-Spangenschuhe eleg. Ausführung, verschied. Lederarten, unsort. Größen **12⁵⁰**

Vollvoile bedruckt, doppeltbreit, grosse Musterwahl Meter **1⁴⁵**

Foulardine doppeltbreit, seidenglänzendes Gewebe Meter **2²⁵**

Damen-Hemden feste Wäsche-stoffe **1⁰⁰ 1³⁵ 1⁶⁵**

Hemd-hosen neueste Schnitte **2⁵⁰ 2⁹⁵ 3⁵⁰**

Prinzessröcke Jumperform **2³⁵ 2⁹⁵ 3⁷⁵**

Jumper-Untertailen **65, 75, 95 P.**

Kunstseid.-Kaschmir 4²⁰ bedruckt Meter

Bastseide ca. 80 cm, bedruckt, neue Muster Meter **5³⁰**

Vollvoilekleider mit Kunstseide, in kariert und gestreift, waschbar **9⁷⁵**

Damen-Schürzen Wiener Form, in bunten Kreislagen und Water **1²⁵**

Damen-Strümpfe gute Qual., Doppelseide u. Hochferse, schwarz u. farbig **95 P.**

Fortsetzung des grossen Glas-, Porzellan- und Wirtschaftsartikel-Verkaufs

HERMANN TIETZ

Staatstheater Schauspielhaus
Sommergastsp. 1925
Leo Walther Stein.
Täglich 8 Uhr:
Kreuzfeuer
Lustspiel von R. Presber und L. W. Stein

Schiller-Theat.
Operettenspieltz.
8 Uhr:
Annemarie
Operette von Jean Gilbert u. Robert Giffert mit Dora Löffler - Nymgen - Spira - Baseli - Heidemann - Diegelmann - Hiller - Kathan - Ledebour

Rose-Theater
8 1/2 U.: Die seltsame Nacht
Gartenbühne:
7 1/2 U.: Hund um die Herolinn

Theat. an Kottb. Tor
Kottbuser Str. 6/7
Tägl. 8 Uhr:
Elite-sänger.
Neues Progr.
Unser Haus
erdröhnt
unter den
Lachsalven des
begabtesten Publikums.
Täglich ausverkauft Häuser!

Komische Oper
U. Dir.: James Klein u. U.
Berlins erfolgreichste Revue:
**Das hat die Welt
noch nicht geseh'n**
Sommerpreise!

Reichshallen-Theater
Gastspiel der berühmten
Dresdn. Viktoria-Sänger
Anfang 8 Uhr - 1. August:
Wiederkehr der Sinfonie-Sänger
Dönhoff-Brett!
Saal und Garten
Das entzückende
Juli-Programm!

WINTERGARTEN
Der ausserlesene Juli-Spielplan (Karten gratis)

Rennen zu Hoppegarten
Mittwoch, den 15. Juli
nachm. 3 Uhr

Volksbühne
8 U.: Die deutschen
Kleinräuber
Metropol-Theat.
9 1/2 U.: Tausend
süsse Beischzen
Th. d. Westens
Steinpl. 93/94 U:
USCHI
v. Jean Gilbert
Kath. Theat. Fr. Schulz
Gartenbühne
Th. I. Komm. - Str.
Leitze
Vorstellung:
**Durch den
Rundfunk**
Vom 16 - 31.7.
geschlossen
Deutsches
Künstler-Theater
8 Uhr:
Meiseken

U. Trianon-Th.
**Die Tugend-
prinzessin**
Musik v. Kurt Zorbig
Hellmuth, Keriner,
Sandt, Radetzky,
Reiser, Serenye
Komödienhaus
7.45 Uhr:
Der letzte Kuß
Zoolog. Gärten
Aquarium
Afrika-Sonderschau
Tierkuns-tausstellg.
Tägl. ab 4 Uhr:
Gr. Konzert

Operettenhaus
am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Der kleine Kuppler
Berliner Theater
7.45 Uhr:
Anneliese v. Dessau
Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Rosen
von Sudermann
Schröder-Schram,
Wasa, Chandoz
MAZROPOL
ARIETE
8 Uhr:
Das
erschlagene
**Juli-
Programm**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Freitag, den 17. Juli, abends 7 Uhr,
in den „Sophien-Sälen“, Sophienstr. 17/19:
**Branchenversammlung
der Rohrleger und Helfer.**
Tagesordnung: 1. Der Streit im
Berliner Baugewerbe, 2. Aufstellung
von Lohnforderungen, 3. Bedarfs- und
Bedürfnisanforderungen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der
Tagesordnung ist das Erscheinen aller
Mitglieder notwendig.
Die Vertretungsmänner-Konferenz
der Schwarzblechlocher findet erst
eine Woche später statt.
Achtung! Betriebsräte! Achtung!
Die Betriebsräte-Zeitschrift Nr. 14
ist erschienen und kann gegen Bezahlung
der Legitimationstarife des Betriebsrats-
obmannes in unserem Bureau, Minier-
str. 83/85, Zimmer 3, entgegengenommen
werden.
Achtung! Bauanwärter! Achtung!
Die Reichsbauerei-Firma Jacob, Lichter-
berg, Lückerstr. 2, zwischenmüll. Anfahr-
str. 10, hat für Bauanwärter wegen Tarifbruch
geplant. (Bau Lichtberg, Anwarterstr.)
Die dort beschäftigten organisierten Bau-
anwärter erlauben wir um traufvolle Unter-
stützung.
Die Ortsverwaltung.

Heute Mittwoch
**Treptow
in Flammen!**
U. a.: Der Todessprung von der Abtei-
brücke und Wasserreigen der zwanzig
Treptower Germanen-Nixen

Reederei Langwaldt & Schmolze
Berlin 4, 2, An der Stroblauer Brücke 8
Fernspr.: Alexander 4200, Königsplatz 3288
Große Ferien-Sonderfahrten
Ab Neufahrn-Wildendruschbrücke 8 1/2 Uhr morgens:
Täglich nach Grünheide mit Rundfahrt bis Alt-
außer Sonnabend } Buchport (Bater Weitz)
und Sonntag } nach Neu-Altend. Woltersdorfer Schiene
Jeden Dienstag und Donnerstag nach Neue Wühle.
Ab Berlin-Waldfriedrich 9 Uhr morgens:
Tägl. außer Sonn- } nach Neu-Altend. Woltersdorfer Schiene
abend u. Sonntag }
Ab Bahnhof Friedelstraße 9 Uhr morgens:
Jeden Montag, Mittwoch } nach Redlich mit Rundfahrt auf dem
und Freitag } herrlichen Krampnitzsee
Fahrpreise: Grünheide 2.-, Woltersdorfer Schiene, Neue Wühle,
Redlich 1.00 hin und zurück. Kinder die Hälfte.

Bequeme Zahlungserleichterung
bei sofortiger Aushändigung
Damen: | Herren:
Mäntel | Anzüge
Kostüme - Kleider | Ulster - Paletots
Der feinsten Maßarbeit ebenbürtig
Sportjacken - Regenmäntel - Windjacken
Kleine Anzahlung Kleine Preise Kleine Teilzahlungen
WEISER
Nur Leipziger Str. 82, Laden Hof links
am Dönhofsplatz - vis-à-vis Tietz
Wer Weise wählt, wählt Weiser

Radio auf Miete!
Wer Freude und Genuss am Rundfunk haben will, lasse sich sofort bei einer monatlichen Miete von 5 Mark **eine komplette Radio-Anlage** mit mein. Marmophon-Luxus-Apparat gleichricht. gerichtet, einstell. Antenne und Reparatör anliegen. Hervorragende Klangschönheit u. Tonfülle, tauschmännliche Montage. Nach einjährigem Abonnement ist die gesamte Anlage Eigentum d. Käufers **ohne Nachzahlung.** Verlangen Sie sofort. Best.-betriebsbuch.
Fr. Otto Krause
Radio-Apparatebau und Vermietung
W 62, Kurfürstendamm 124
Eingang Courbirestraße
Nollendorf 6200 - Kurfürst 9304

**Bilanz der Produktiv-Genossenschaft
Berliner Formen-Zieleure G.m.b.H.**
vom 31. Dezember 1924:
Aktiva:
Raffaeltante M.-RM. 347.19
Anwartschaften 594.-
Reservefonds 1.872.-
Reiseausgaben 665.-
Rückstellungen 429.-
Rente-Rückstellungen 5.654.28
..... M.-RM. 8.533.47
Passiva:
Geschäftskontokorrente M.-RM. 1.000.-
Referenzkonten 315.-
Darlehenskonten d. Genossen 1.700.-
Darlehenskonten II 1.347.34
Steuernkonten 871.00
Kapitalkonten 3.500.00
..... M.-RM. 8.533.47
Im Geschäftsjahr 1924 ist 1 Genosse ausgeschieden u. keiner eingetreten. Die Bilanzsumme aller Genossen beträgt M.-RM. 1000.-
Wahl Schuppe, G. Wagemüller.

**Flecken
entfernt**



SPECTROL
Gebr. Kroner, Berlin O. 17.



**Ein zahnloses
Kindchen**

Jeden Tag freut es sich auf seinen köstlichen **DENTADE-Brei**, der das Zahnieren erleichtert und dem jungen Körper die wertvollsten Aufbaukräfte gibt.

Verlangen Sie in allen Apotheken und Drogerien unsere kostengünstigen Prospekte!
Dr. med. A. HENSCHEL & Co., G.m.b.H., Berlin NO 43.
Hauptniederlagen bei:
Simons-Apotheke, älteste Apotheke, C 2, Spandauer Str. 17, Merkur 3000-3004; Arminius-Apotheke, N 34; Fehrbelliner Str. 10, Humboldt 2016; Elefant-Apotheke, Dr. Rich. Hoffbauer, SW 19, Leipziger Str. 74, Zentrum 7192; Humboldt-Apotheke, Dr. Lusch, W 35, Potsdamer Str. 39, Lützow 1047.

150 Rmf.
teuert die Ursache in
Magen
Liss, Berlin,
Wilmstraße 66.

Sommersprossen
Crema Joli,
34 Jahre sich bewährt
RM. 1.50 und 3.-, 3n
Drogerien sonst bei
Otto Reichel, Berlin 43
SO, Ottenb. Str. 4.

Die Ernährung
und damit die Gesund-
heit ist gestört, wenn so
wichtige Organe wie **Magen und Darm**
erkrankt sind. Besserung bringt der Ge-
brauch einer
Dr. med. Henschel & Co. Hausrinkkur
Bestandteile: Sal. therm. Kissingen, fact. 20, Hom-
burg, fact. 10, Pirmont, fact. 10, liant. tabl.
Verlangen Sie in allen Apotheken und Drogerien
unsere kostenlose Broschüre!
Dr. med. A. HENSCHEL & Co., G.m.b.H., Berlin NO 43.
Hauptniederlagen bei: Simons-Apotheke, älteste Apo-
theke, C 2, Spandauer Str. 17, Merkur 3000-3004;
Arminius-Apotheke, N 34, Fehrbelliner Str. 10, Hum-
boldt 2016; Elefant-Apotheke, Dr. Rich. Hoffbauer,
SW 19, Leipziger Str. 74, Zentr. 7192; Humboldt-Apo-
theke, Dr. Lusch, W 35, Potsdamer Str. 39, Lützow 1047.

Die Anleiheaufwertung vor dem Reichstag.

Annahme der Kompromißanträge. — Das Zentrum stimmt gewaltig.

Der Reichstag traf gestern in der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs über die Ablösung öffentlicher Anleihen ein. Bei § 1, wonach die Markanleihen des Reichs in die Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reichs eingetauscht werden, findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt.

Von den Sozialdemokraten liegt der Antrag vor, den Entwurf an den Aufwertungsausschuß zurückzuverweisen und ihn nach bestimmten Richtlinien umzugestalten.

Abg. Dr. Leber (Soz.):

Der Abgeordnete Hergt hat beinahe mit der Kunst eines Jongleurs ein Gerüst von Ausreden für die Haltung seiner Partei in der Aufwertungsfrage aufgebaut, die seine besten Freunde nicht ernst nehmen und an die er selbst zweifellos auch nicht glaubt. Er hat sich hauptsächlich damit entschuldigt, daß die Regierung für die Aufwertung nicht mehr geben wollte. Was hätten Sie wohl uns geantwortet, wenn wir einst in dieser Weise die Verantwortung für Dinge von uns geschoben hätten, die unter Regierungen beschlossen wurden, die wir verantwortlich trugen. Ein besseres Wort für die Rede Hergts ist noch niemals gelungen als durch die Leber'sche, die ihr die „Deutsche Tageszeitung“ gegeben hat: „Die Demagogie am Pranger.“ (Hört, hört! bei den Soz.)

Rach der Schätzung der Regierung sind etwa 70 Milliarden öffentliche Anleihen im Umlauf, davon rund 20 Milliarden Altbesitz, 50 Milliarden Neubehitz. Bei der Frage, welche Mittel zur Aufwertung dieser Summe zur Verfügung stehen, mußte man sich die Lasten überlegen, die diese verarmten Leute die Opfer der Inflation sind, die eine andere Klasse von Leuten ungeheuerlich bereichert hat. Es lag also der Schluß nahe, daß man die durch die Inflation Verarmten dadurch entschädigte, daß man die durch die Inflation reich Gewordenen zu einer Sondersteuer heranzog. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir haben mit unserem Vorschlag nur erreicht, daß die Regierungsparteien eine Entschuldigend einbrachten, monach in der Zukunft irgend einmal diese Inflationsteuer eingeführt werden soll. (Hört, hört! bei den Soz.) Durch diese glänzende Komödie will man die Lasten verschleiern, daß die Regierung weder den Mut noch den Willen hat, an die reichgewordenen Inflationsgewinnler heranzugehen. Am Ausschuß blieb uns jetzt nur übrig, mit den Mitteln zu rechnen, die von der Regierung aus dem Etat zur Verfügung gestellt werden konnten. Regierung und Regierungsparteien einigten sich auf eine Summe von ungefähr 185 Millionen, von denen noch etwa 60 Millionen für den Sonderzweck der sogenannten Vorkursrente abgezweigt werden. Die verbleibenden 125 Millionen haben im Ausschuß die entscheidende Rolle gespielt und sämtliche Verbesserungsvorschläge sind daran gescheitert, daß das Finanzministerium keinen Pfennig mehr bewilligen wollte. Auch ein Verbesserungsantrag des demokratischen Abgeordneten Herrn von Richthofen scheiterte daran, daß die 7 Millionen, die der Antrag an Mehrkosten verursachen würde, vom Finanzministerium für unentrichtlich erklärt wurde. (Hört, hört! bei den Soz.) Nun erschien der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Rumm und beantragte für einen Sonderzweck, der ihm am Herzen liege, 15 Jahre lang jährlich 5 Millionen, also insgesamt 75 Millionen, einzusetzen. (Langweiliges Hört, hört! bei den Soz.) Salvator erklärte Herr Rumm: Ich habe schon mit dem Reichsfinanzminister gesprochen, er hat mir zugestanden, diese 5 Millionen zu bewilligen. (Erneutes Hört, hört! bei den Soz.)

Der Reichsfinanzminister, der drei Tage vorher erklärt hatte, eine Änderung des Systems scheitere an den 7 Millionen, macht im Privatgespräch dem Abgeordneten Rumm mit einer Handbewegung ein Geschenk von 15 mal 5 Millionen. (Unerschrocken! bei den Soz.)

Die 125 Millionen werden nun als Unterlage für ein System benutzt, das die Deffenlichkeit bisher nicht verstanden haben wird. Zunächst wird der Altbesitz umgetauscht, und zwar zu einem Satz von 25 Proz. Jeder Altbesitzer bekommt für 1000 M. ein neues Papier von 25 M. in die Hand, nach diesem Umtausch wird ein Unterschied zwischen Alt- und Neubehitz gemacht. Beim Neubehitz handelt es sich um diejenigen, die ihre Kriegsanleihen erst nach dem 1. Juli 1920, also zu Spekulationszwecken erworben haben. Zweifellos haben die Herren Spekulanten kolossale Beträge in diesen Anleihen angelegt. Nun bringt es die Regierungsvorlage fertig, die Kriegsanleihen der Spekulanten, für die für je 1000 Mark 1, 2 oder 3 Pfennig bezahlt wurden, mit 25 Mark aufzuwerten! (Hört, hört! links.) Während das ganze Gesetz sonst ein Abwertungsgesetz ist, ist es für die Spekulanten ein Aufwertungsgesetz. (Lebhafte Zustimmung.) Es zeigt sich, daß die Hoffnung der Spekulanten auf die Regierung Luther nicht umsonst war. Als wir im Ausschuß erreichten, daß der Neubehitz von 50 auf 25 M. herabgesetzt und dem Reich eine spätere Schuld von 1 1/2 Milliarde erpart wurde, wohl einer der größten Erfolge, die jemals in einer Kommissions-Sitzung erreicht wurden, da streikten die Spekulanten und schlossen die Börse. Auf diesen Börsensturz hätte es nur eine Antwort geben dürfen, die letzten 2 1/2 Proz. auch noch zu streichen. (Sehr richtig! links.) Ich will feststellen, daß im Ausschuß von dem Abgeordneten Dr. Wunderlich erklärt wurde, die Zahlen des Abgeordneten Keil hätten einen solchen Eindruck gemacht, daß man die Hälfte des Neubehitzes streichen wollte. Hätten wir den Neubehitz ganz gestrichen und den Spekulanten gar nichts gegeben, so brauchte nicht dieses ungeheuerliche System, das jetzt gelten soll, aufgebaut zu werden. Man mußte dadurch, daß man Alt- und Neubehitz zunächst scheinbar gleichstellen wollte, auch beim Altbesitz eine Ablösung von 2 1/2 Proz. als Ausgangspunkt nehmen, und da man den Altbesitzern an sich etwas mehr geben will, kommt man zu einem geradezu grotesken Aufbau. Die eigentliche Summe kommt erst bei der sogenannten Auslösung zum Ausdruck. Dann werden statt 25 M. plötzlich 125 M. gegeben, dazu kommt noch der Zins mit 4 1/2 Proz., der aber nicht ausbezahlt, sondern der Summe zugeschlagen wird. Erst wenn die fünfjährige Summe ausbezahlt wird, wird auch der Zins bezahlt. Dieser Mechanismus steht zweifellos in der Finanzgeschichte aller Zeiten einzig da. Mit unserem Antrag, daß das Papier der verarmten Altbesitzer unter allen Umständen Zinsen tragen müsse, kamen wir nicht durch. Es wurde eingewendet, man könne das Papier nicht verzinslich machen, dafür wolle man gewissermaßen ein Los schaffen, das später einmal mit einem großen Betrage gezogen werde. Auf den Einwand, daß dieses Papier für den Altbesitzer keinen Wert habe, da er nicht 30 Jahre warten könne bis er etwas bekomme, erklärten die Regierungsparteien, das Papier könne doch an der Börse verkauft werden. Glaubt jemand, daß es einen Kapitalisten gibt, der ein Papier kauft, das keinen Zins abwirft? Nun sagen die Sachverständigen vom Finanzministerium, das Papier werde zweifellos einen Kurs haben, für das Papier von 50 M. würde er auf 165 berechnet. Damit war Herr Hergt noch nicht zufrieden, er erinnerte sich seiner glänzenden Erfolge auf dem Gebiete des Prophezeiend und erklärte, das Papier werde sogar einen Kurs von 180 bekommen. Drei Tage später kam der richtige Prophet, der richtige Wassermann, der von der Deutschen Bank, und erklärte uns im Ausschuß:

„Meine Herren, ich muß Ihnen leider erklären, das Papier wird nicht 65, auch nicht 180 Proz. Kurs, es wird überhaupt keinen Kurs haben.“ (Hört, hört! links.)

Und nun erklärten die Regierungsparteien, das sei doch sehr gut, denn dann könnten die alten Leute das Papier nicht verkaufen, sie müßten es für Kinder und Kindeskindern behalten. Ein anderer Sachverständiger führte aus, das Papier habe den Vorteil, es rege die Phantasie an. (Lachen links.) Als ob diese alten Leute eine hungrige Phantasie hätten und nicht einen hungrigen Magen! Was wird nun der Erfolg sein? Die alten Leute, die in Not sind und die wissen, daß das Papier eigentlich erst in 20 oder 25 Jahren gezogen wird, werden es zu jedem Preise abzustoßen suchen. Der Erfolg wird sein, daß schließlich der ganze Rest wieder in Händen der Spekulation ist. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wie funktioniert nun dieses System der Anleiheablösung von der Seite des Reichs betrachtet? Das Reich gibt jährlich 125 Millionen, davon werden im ersten Jahre für Tilgung 83 Millionen und für Zinsen etwa 4 Millionen ausgezahlt. Der Rest von 38 oder 39 Millionen wird auf die hohe Kante gelegt, im zweiten Jahre geschieht dasselbe und so wird im Laufe von 15 Jahren ein Fonds in Höhe von etwa 300 Millionen angehäuft zu derselben Zeit, in der die Besitzer der Papiere nicht das Nötigste zum Leben haben und sie für Betteispennige verkaufen müssen. Auch finanziell ist das eine Sinnlosigkeit. Das Gesamturteil kann nur folgendes sein:

Juchisch gewiß ein einwandfrei ausgestelltes System, praktisch ein unmögliches Konstrukt und finanziell eine Vergewaltung von Geld ohne die Erreichung eines angemessenen Erfolges.

Ein solches Gesetz müssen wir aus diesen rein sachlichen Erwägungen ablehnen. Wir beantragen, das Gesetz an den Ausschuß zurückzuverweisen und ihm aufzutragen, es nach neueren, besseren Grundsätzen umzugestalten. Der Neubehitz ist ganz zu streichen, damit werden Mittel für den Altbesitz frei. Der gesamte Altbesitz ist um 20 Proz. aufzuwerten. Beim Umtausch soll eine Staffelung eintreten, bis zu einem Betrag von 100 000 M. sollen 20 Proz. umgetauscht werden, bei größeren Vermögen nimmt die umgetauschte Summe allmählich ab. Dadurch erreichen wir, daß die Ausgaben für dieses System nicht erheblich größer sein werden als für das sinnlose System der Regierung. Ferner müßten die neuen Anleihen mit 5 Proz. verzinst werden. Selbstverständlich müssen für diese Sonderausgaben nicht nur Mittel aus dem Etat genommen werden, sondern es müssen durch eine Inflationsteuer Mittel geschaffen werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Namens der Demokratischen Partei gibt Abg. Freiherr v. Richthofen-Hannover eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir sind einmütig der Auffassung, daß das vorliegende Gesetz eine sehr unglückliche Fassung erhalten hat, die zu schwersten Bedenken Veranlassung gibt. Eine so schwierige Materie, wie die vorliegende, kann nicht, wie es im Ausschuß geschehen ist, im Eiltempo erledigt werden. Das Gesetz bedarf umfomehr einer Neuprüfung, weil seine Wirkungen für die Kreditfähigkeit des deutschen Reiches unabsehbar seien. Wir werden daher dem Antrag der Sozialdemokraten, soweit er sich auf die Rückverweisung bezieht, zustimmen und, mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Angelegenheit, namentliche Abstimmung über diesen Antrag beantragen.

Auch Abg. Seiffert (Döf.) lehnt die gegenwärtige Fassung der Vorlage für sich und seine Partei ab.

Das Haus nimmt dann die rückständigen Abstimmungen zum Hypothekenaufwertungsgesetz vor. — Beim Kapitel „Aufwertung von Sparkassenguthaben“ wird in namentlicher Abstimmung

ein Antrag Keil (Soz.) mit 243 gegen 178 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt, der den Aufwertungsmindestsatz von 12 Proz. auf 25 Proz. erhöhen wollte. — Es bleibt also bei 12 Proz. für die Sparguthaben.

Annahme mit den Stimmen der Linken, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei findet ein Antrag des Abg. Dr. Best (Döf.), der einen Satz im § 67 streicht und dadurch beim Kapitel „Bergleiche und andere Vereinbarungen“ eine Ausnahmebestimmung für die Kaufleute als Gläubiger beseitigt.

Im weiteren Verlauf der Abstimmungen werden alle Anträge der Opposition abgelehnt, und die Kompromißvorlage des Hypothekenaufwertungsgesetzes wird in zweiter Lesung bewilligt.

Das Haus nimmt dann die Weiterberatung der Vorlage für die Anleiheaufwertung vor.

Während der Debatte befinden sich von den 493 Abgeordneten etwa 20 im Saale.

Abg. Saupe (Soz.):

Die passive Haltung der Regierung bei der Besteuerung des Besitzes steht in einem schreienden Widerspruch zu ihrer Aktivität bei Unterdrückung der Ansprüche der Inflationsschädigten. Die Aufwertungsdenkschrift der Regierung ist nichts anderes als eine Apologie für die Inflationsgewinnler, denn sie versucht nachzuweisen, daß eigentlich die Millionäre die Leidtragenden waren. Man kehrt nichts in der Denkschrift davon, welche Summen dem Mittelstand durch die Inflation genommen worden sind. In der gestrigen Debatte wurde berichtet, daß die AEG in einem amerikanischen Prospekt ihre Sachwerte mit 200 Millionen Mark bewertet hat, während sie in der Goldbilanz nur mit 14 1/2 Millionen stehen. Der Reichswirtschaftsminister hat dazu erklärt, daß 200 Millionen der Anschaffungswert seien, der Gegenwartswert aber nur 14 1/2 Millionen betrage. Wenn nun die Amerikaner der AEG 10 Millionen Dollar Kredit gewährt haben, so sind sie sicher der Meinung, daß sie eine Verzinsung bekommen, die dem Anschaffungswert von 200 Millionen entspricht. Damit wird also unsere Forderung bestätigt, daß die Inflationsgewinne ersetzt werden müssen, um diejenigen entschädigen zu können, die durch die Inflation geschädigt wurden. Um das zu erreichen, verlangen wir, daß das Gesetz zu einer weiteren Beratung an den Ausschuß zurückverwiesen wird. Der Redner fordert im Sinne eines sozialdemokratischen Antrages eine sofortige Sondersteuer von dem Vermögen über 30 000 Mark, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht mehr als um 10 Proz. vermindert haben. Bei allen anderen Steuern würden diejenigen getroffen, die ohnehin schon belastet sind, die Inflationsteuer, die von uns beantragt wird, trifft diejenigen Schichten, die reich und leistungsfähig geworden sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Zur Einzelberatung begründet

Abg. Keil (Soz.)

einen Antrag der Sozialdemokratie, wonach von der Aufwertung alle Markanleihen des Reichs ausgeschlossen werden sollen, die der Gläubiger nicht nachweislich vor dem 1. Juli 1922 erworben hat. (Streichung des Neubehitzes). Infolge unserer scharfen Kritik im Ausschuß ist die Aufwertung auf 2 1/2 Proz. gleich 25 M. für den Neubehitz herabgesetzt worden. Aber können wir diese Aufwertung mit Rücksicht auf die anderen Gläubiger verantworten? Ich verneine das auf das Entschiedenste. Die vielen Verarmten und Betelendeten werden den Reichstag mit Recht anfragen: Hier hat man mit Scheffeln gemessen uns dagegen mit Pfennigen abgefunden,

Zu Beginn des Jahres 1923 konnte man 100 M. öffentliche Anleihe mit 42 Pfennigen kaufen. In demselben Maße wie der Wert der Mark ins Bodenlose sank, sank auch der Kurs der öffentlichen Anleihen. In der Hochflut der Inflation waren sie mit kleinsten Bruchteilen von Goldpfennigen zu kaufen. Nun soll ein neues Anleihestück zu 2 1/2 M. ausgegeben werden. Das ist eine Aufwertung zugunsten derjenigen, die mit den Anleihen spekuliert haben, von hundert, ja von tausenden Prozenten. Kann es sich ein so verarmter Staat leisten, die Spekulation auf diese Weise zu prämiieren, die anderen dagegen mit Pfennigbeträgen abzuspeisen? Nun sagen Sie, dem Neubehitz wird keine Tilgung, kein Zins gewährt. Aber daß die glücklichen Besitzer der Anleihen Ansprüche zu werten wissen, geht aus dem Verhalten der Börse hervor. Wenn die Umwandlung erfolgt, dann wird es nicht lange dauern und die Neubehitzer werden ihren Schein präsentieren. Wenn das Reich nicht damit zu rechnen hat, daß es 3 1/2 Milliarden tilgen muß, dann können ohne Bedenken die Tilgungsfristen der Altbesitzer um 10 bis 15 Jahre verlängert und die Jahresleistungen in Form von Zinsen erhöht werden. Die Aufwertung des Neubehitzes geht also zu Lasten des Altbesitzes. Kann es ein Abgeordneter wirklich verantworten, daß der spekulative Besitz so begünstigt, dagegen die anderen Ansprüche so abgewertet werden? Selbst der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat die Frage, ob er die völlige Richtigkeitserklärung für richtig halte, unbedingt bejaht, auch mit Rücksicht auf das Ausland und um das Reich kreditfähiger zu machen. Wir handeln also im Interesse des Reichs, wenn wir den Antrag stellen, den Neubehitz vom Umtausch auszuschließen. Wer den Neubehitz anerkennt, wirft sich zum Schützer des Spekulanten- und Schieberbums auf. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Ein Regierungsvertreter bezweifelt, daß die Spekulanten überhaupt noch im Besitze der Anleihen sind. Die Reichsanleihe-Aktien-Gesellschaft habe einen großen Posten der fursierenden Anleihestücke aufgekauft.

Abg. Seiffert (Döf.) fordert die Erreichung des Absatzes 2 im § 4, der die Verzinsung der Anleiheablösungsschuld bis zum Erreichen der Reparationsverpflichtungen ausschließt.

§ 5 der Vorlage setzt den Aufwertungsatz für Anleihen auf 2 1/2 Proz. fest. (An späterer Stelle steht das Gesetz eine Verdoppelung des Satzes für Altbesitzer vor.)

Abg. Dr. Best und die Sozialdemokraten verlangen eine 20prozentige Aufwertung.

Während die Vorlage keine Verzinsung der Anleiheablösungsschuld vorsieht, sondern nur ein Auslösungsrecht und — unter bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen — ein Recht auf Vorkursrente schaffen will, begründet Abg. Dr. Quessel (Soz.) einen Antrag, der eine fünfprozentige Verzinsung der Ablösungsschuld fordert. Das Auslösungsrecht sei verwerflich, weil es das Vertragsrecht verletze.

Die §§ 18—27 der Vorlage behandeln die Kapitel „Vorzugs- und Wohlfahrtsrente“. — Ein Anleihegläubiger, der „bedürftig“ ist, d. h. ein Jahreseinkommen von nicht mehr als 800 M. hat, soll 80 Proz. des Rentwertes seines Auslösungsrechtes zugewilligt erhalten können. Mehr als 800 M. jährlich darf diese Vorkursrente aber nicht betragen. Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, die Anleihe-Gläubiger sind, ist eine Wohlfahrtsrente auf Antrag 15 Jahre hindurch zu gewähren. Die Mittel hierfür sollen jährlich nicht mehr als 5 Millionen Mark betragen. Die gleichen Bestimmungen sollen auch auf die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften des Artikels 137 der Reichsverfassung zutreffen. — Die Reichsregierung soll die näheren Vorschriften für die Wohlfahrtsrente erlassen. Die Mittel für die Wohlfahrtsrente sollen aus den Zolletragnissen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse entnommen werden.

Abg. Ströbel (Soz.)

begründet Abänderungsanträge zu diesem Kapitel. Er will die Bedürftigkeitsgrenze erhöhen und die Religionsgesellschaften von der Wohlfahrtsrente ausschließen.

Abg. Saupe (Soz.)

meint, der Wohlfahrtsrenten-Paragraf habe sich im Volke des Namens „Schweinepfeder-Paragraf“ zu erfreuen, weil die Armen die Wohlfahrtsrenten, die sie vielleicht in Anspruch nehmen wollen, vorher in Gestalt der Landwirtschaftszölle zahlen müßten.

Bei dem Gesetzentwurf, der für die Aufwertung der Markanleihen der Länder und Gemeinden Bestimmungen trifft, beantragen Abg. Dr. Kälz (Dem.) und Keil (Soz.), daß der Reichstag bei Aufwertungs- und Steuerfragen im besten Falle die Interessen der deutschen Städte in einer Weise zu mißachten, die für die Städte von den verheerendsten Folgen sei und auch ihre Bedeutung für die Beziehungen der Länder zum Reich habe werde.

Nach 8 Uhr abends beginnt das Haus mit den

Abstimmungen zum Anleiheablösungsgesetz.

Vor der Antrag Keil (Soz.) auf Rückverweisung der Anleihevorlage an den Aufwertungsausschuß, der zugleich besondere Grundsätze für die neuerliche Ausschuhbehandlung enthält, wird in namentlicher Abstimmung mit 262 gegen 162 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt.

Ein demokratischer Antrag, der die Rückverweisung des Anleiheablösungsentwurfs ohne besondere Behandlungsbestimmungen vornehmen will, wird, ebenfalls in namentlicher Abstimmung, mit 235 gegen 193 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

In einfacher Abstimmung werden auch die Anträge der Sozialdemokraten und des Abg. Dr. Best auf Erhöhung des Aufwertungssatzes für Anleihen von 5 auf 20 Proz. abgelehnt, so daß es bei 5prozentiger Aufwertung der Anleihen bleibt.

Annahme findet der Kompromißantrag, der den Betrag für „Wohlfahrtsrenten“ für kirchliche und wissenschaftliche Zwecke im Gesetz von 5 auf 10 Millionen Mark erhöht. Auch die Demokraten haben für diesen Antrag gestimmt.

Im übrigen wurden alle Anträge der Oppositionsparteien abgelehnt und die Gesetzesfassung der Kompromißpartei aufrechterhalten.

Mit den Oppositionsparteien stimmte einige Male auch der linke Flügel des Zentrums, ohne daß eine Mehrheitsbildung dadurch ermöglicht worden wäre.

Die Vorlage wird hierauf nach den Beschlüssen der Kompromißpartei in der 2. Lesung angenommen.

Das Haus stimmt dann noch einem Inflation-Gesetzesentwurf Müller-Franken (Soz.) einmütig zu, der den Sozialrentnern in der Berechnung ihres evtl. Einkommens die Vergünstigungen bei Bemessung ihrer Unterstellungen einräumt, die im Hypothekengesetz den „Bedürftigen“ in dieser Beziehung gewährt werden.

Gegen 9 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch, 3 Uhr nachmittags: 3. Lesung des Hypothekenaufwertungsgesetzes und 2. und 3. Beratung des Gesetzesentwurfes über die Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt.

Gorgen der Maschinenindustrie.

Gefahren der Zollvorlage.

Der letzte Monatsbericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten enthält eine ganze Reihe von Hinweisen darauf, wie sehr die Maschinenfabriken unter der bereits herrschenden Teuerung der Rohstoffe und der Lebenshaltung sowie unter den handelspolitischen Konflikten zu leiden haben. Es heißt darin unter anderem:

Die von der Süddeutschen Eisenzentrale beschlossene Preiserhöhung beim Bezug von Stabeisen unter 10 Tonnen fällt ganz besonders den kleineren und mittleren Betrieben der Maschinenindustrie zur Last und wird als durchaus ungerechtfertigt angesehen. Die Zusammenfassung des freien Handels und Handels in der Süddeutschen Eisenzentrale hat dazu geführt, daß der Markt nicht mehr als frei bezeichnet werden kann. Erhebliche Befürchtungen haben auch die Nachrichten über das Abkommen zwischen der Deutschen und der französisch-luxemburgischen Eisenindustrie ausgelöst, wonach das von Westen hereinkommende Eisen zukünftig in erster Linie den Organisationen der deutschen Eisenindustrie zur Verfügung gestellt werden soll. Der Zweck des Abkommens sollte sein, den Abfluß eines allgemeinen deutsch-französischen Handelsprovisoriums zu erleichtern. Da dieses aber nicht zustande gekommen ist, kommt schon deswegen die Durchführung des Abkommens bis auf weiteres nicht in Frage.

Beklagt wird auch stark über die Höhe der Kohlenpreise; man macht sie für die Steigerung des Kohlenabsatzes verantwortlich und bedauert, daß deutsche Kohle erheblich billiger nach dem Ausland verkauft wird als im Inland. Es hat sich leider noch lange nicht genügend die Erkenntnis durchgesetzt, daß die größte Bedeutung für die Volkswirtschaft heute in erster Linie bei den Industrien liegt, die die meisten Hände und Köpfe braucht.

Diese Klagen der Maschinenindustrie lassen erkennen, daß die Lage des Gewerbes noch wesentlich erschwert werden würde, wenn die Rohstoffe durch Zölle weiter verteuert werden. Der Auftragsrückgang in der Maschinenindustrie hat sich im Juni nicht weiter verschlechtert, Inlandsaufträge sind sogar etwas mehr hereingekommen. Beklagt wird jedoch über den Mangel an Auslandsaufträgen. Die handelspolitische Unsicherheit hat dabei eine besondere Rolle gespielt. Das ist bei einem so stark überhebelten Produktionsapparat wie dem der Maschinenbau kein Wunder. Mit Rücksicht auf die Hochschulzollwünsche der Rohstoffinteressenten und auf die handelspolitische Passivität der Reichs-

regierung verdienen die hierauf bezüglichen Zeilen des Berichtes besondere Beachtung. Dazu heißt es:

Im allgemeinen und für die Ausfuhr der Maschinenindustrie im besonderen ist zu bedauern, daß die Hoffnungen auf Erleichterung der amtlichen Handelsbeziehungen zu den Nachbarvölkern im Augenblick wieder sehr gering geworden sind. Die monatelangen Verhandlungen um ein Handelsprovisorium mit Frankreich sind gescheitert. Polen und Deutschland haben sogar Ausnahmemaßnahmen gegeneinander ergriffen, die einen Zollkrieg zur Folge haben können. Sehr bedauerlich sind in diesem Zusammenhang die von einem empfindlichen Mangel an wirtschaftlichem Verständnis zeugenden Forderungen, daß Deutschland sofort, bevor noch z. B. die Vertragsverhandlungen mit anderen Ländern weiter gefördert sind, seinerseits das Handelsabkommen mit Spanien kündigen soll, über deren Verbesserung die Verhandlungen mit Spanien gerade aufgenommen worden sind. Die Lieferzeit für die meisten Aufträge der Maschinenindustrie nach dem Ausland sind ganz erheblich länger als die Kündigungsfrist von drei Monaten. Die Kündigung würde daher zur Folge haben, daß der größte Teil dieser Aufträge aus Furcht vor dem hohen Zoll während eines vertragslosen Zustandes zurückgezogen werden würde. Eine Kündigung des kaum geschlossenen Abkommens würde die Vorlicht, die die Lage Deutschlands und seiner Ausfuhrindustrien erfordert, stark vermissen lassen.

Hinsichtlich der Getreidezölle stellt der Bericht folgendes fest:

Leider wird die Erledigung der kleinen Zolltarifvorlage immer noch durch den Streit um die Getreidezölle aufgehalten. Dabei hat sich der Preisindex für Getreide inzwischen auf 133,9 erhöht. Die gemogene Indezahlfür für industrielle Erzeugnisse, die von der Landwirtschaft benötigt werden, ist dagegen auf 111,7 gesunken, so daß die Notwendigkeit der Getreidezölle immer fragwürdiger erscheint.

Der Bericht ergibt also, daß die Verarbeitungsindustrie und insbesondere der Maschinenbau durch die schwebenden Zollfragen und durch die handelspolitischen Auseinandersetzungen mit dem Ausland in seiner Absatzfähigkeit schwer beeinträchtigt ist. Um so mehr hätte die Regierung Veranlassung, von der beabsichtigten Einführung der Agrar- und Rohstoffzölle Abstand zu nehmen. Wenn sie es nicht tut, so beweist sie damit nur, daß ihr die Interessen der Großagrarien und der Schwerindustrie vor denen der verarbeitenden Industrien gehen.

bedauerlicher, als feststeht, daß man den Landarbeitern immer wieder einredet, es mit ihnen nur ehrlich zu meinen. Eine prochtvolle Ehrlichkeit!

Mologa Holzindustrie A.-G. Berlin-Leningrad.

Eine deutsche Waldkonzessionsgesellschaft in Sowjetrußland.

An den Vertrag von Rapallo, der für die deutsche Wirtschaft die Tore nach Sowjetrußland öffnen sollte, knüpfte die deutsche Industrie große Hoffnungen. Die unsteine und äußerst miltaristische Wirtschafts- und Konzeptionspolitik der Sowjetregierung hat aber das Tempo und den Umfang der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen viel beschleunigen werden lassen, als es erwartet wurde. Angesichts der außerordentlich weitreichenden Bestrebungen der russischen Volkswirtschaft, die die sowjetrussische „Aufbau“ politik zur Folge hatte, ist das auch kein Wunder. Handelt es sich doch heute mehr um ursprünglich sehr kostspielige Kolonisations-, als um industrielle Organisationsarbeiten im eigentlichen Sinne, die das Auslandskapital, in diesem Fall das deutsche, in Rußland zu leisten hat.

Eine Abnung von den sehr erheblichen Schwierigkeiten und dem großen, zunächst unentbehrlichen Kapitalaufwand, die den ausländischen Kapitalisten in Rußland erwachsen, gibt der erste Geschäftsbericht der Mologa Holzindustrie A.-G., Berlin-Leningrad, für das Jahr 1923/24, der auch die Reichsmarktergebnisbilanz zum 1. Oktober 1924 enthält. Schade, daß er nicht viel reicher und spezialisierter ausgefallen ist, was angesichts der außerordentlichen Bedeutung der von der Mologa-Gesellschaft bei ihren Aufschlußarbeiten gemachten Erfahrungen sowohl für die deutschen Industriellen als auch für Rußland zweifellos eine Notwendigkeit gewesen wäre. So läßt sich ein einigermaßen deutliches Bild von dem Stand der Konzeptionsgesellschaft und ihrer Arbeiten nur unter Zuhilfenahme früherer Veröffentlichungen und Darstellungen gewinnen.

Die Mologa Holzindustrie A.-G., die auf Grund einer Waldverwertungskonzession vom September 1923, in der scharfen Inflationszeit, mit einem Papierkapital von 30 Milliarden gegründet wurde und in deren Aufsichtsrat neben Vertretern deutscher Holz- und Eisenbahnbaufirmen auch Parlamentarier, wie Reichstagsabg. Dr. Josef Birth, Fehrenbach, Langehegermann und Lubwig Haas, wir begegnen, verfügt über eine günstige und scheinbar auch hochwertige Konzession. Es handelt sich um ein Waldgebiet von 10000 Quadratkilometern Größe (Freistaat Sachsen 15000 Quadratkilometer) südlich von Petersburg, in des Nähe des Wolchowflusses, zwischen den Bahnhöfen Petersburg-Rostau und Petersburg-Rbinsk, nicht zu weit vom Meer, also mit günstigen Flöß- und Verschiffungsmöglichkeiten und nahegelegenen, aufnahmefähigen Binnenmärkten. Der jährliche Gesamtschlag wird auf 25 Millionen Mark geschätzt, von dem für 10 Millionen Mark exportiert und 15 Millionen Mark auf dem russischen Binnenmarkt abgesetzt werden sollen. Zur Konzession gehört der Bau einer vollspurtigen Bahnlinie zwischen den genannten Hauptstellen, die nach ihrer Fertigstellung auch die wichtigste Transportgelegenheit des Konzessionsgebiets sein würde und zu deren Bau die Sowjetregierung eine Obligationengarantie über 5 Millionen Goldrubel zur Verfügung gestellt hat. Ueber den Verlauf der Beziehungen zwischen der Sowjetregierung und den Konzessionären, in deren Auftrag Dr. Birth und Dr. Haas im April d. J. in Rostau noch verhandelt haben, weiß der Geschäftsbericht nur Günstiges zu berichten. Die Konzession und die politischen Nebenumstände, die in Sowjetrußland ja die Hauptrolle spielen, scheinen also durchaus günstig zu liegen.

Das scheint auch der Grund zu sein, der die deutschen Gründer der Gesellschaft von vornherein zu hohen Kapitaleinschüssen ermuntert hat (3 Millionen Goldmark) und weiterhin die Kreditquellen der Gesellschaft reichlich hat fließen lassen. Neben diesen drei Millionen Goldmark hat „das Jahr der organisatorischen und fabrikatorischen Vorbereitung“, wie der Geschäftsbericht sich ausdrückt, aber noch erheblich mehr gekostet. Die provisorische Bahn zum Abtransport der Schläge, die Errichtung dreier Sägemerke in Postowo, Pesi und Solzo, von denen das erste voll im Betrieb ist, Verkaufszentralen in Rostau, Zweigstellen in Charkow und Odeffa, die Ansiedlung und Verpflegung von annähernd 20000 Arbeitern und Handwerkern, zahlreiche Verwaltungs- und Abrechnungsstellen

im ganzen Gebiet, mehrere Duzend Flößschiffe und Flöße, haben Kapitalinvestitionen von 200000 Pfund Sterling (4 Millionen Mark) einer Londoner Holzfirma und weitere 2 Millionen Mark erfordert, also sehr beträchtliche Summen. Holzverwertungsfabriken (Herstellung von Türen, Häusern, Kisten, Holzmasse, Dauben, Spulen, Holzchemie) sind im Bau oder geplant. Dennoch scheint die Konzession, die auf 37 Jahre läuft, die Hoffnungen der deutschen Interessenten nicht befriedigen zu sollen, denn nicht nur werden die Erwartungen enttäuscht, daß die Goldbilanz die Ablösung der Betriebskredite durch Ausfertigung von Goldaktien gestatten würde, sondern es wird auch gemeldet, daß trotz der scharfen Zusammenlegung der 30 Milliarden Papier- auf 30000 Goldmark, noch eine Kapitalerhöhung auf 3 Millionen Mark notwendig sei. Die Konzession frist also heute schon ein Anlagkapital von über 12 Millionen Mark, ohne daß Aussicht auf eine baldige Rente besteht.

Diesen Verhältnissen geben die Abschlußbilanz für 1923 und die Goldberöffnungsbilanz deutlichen Ausdruck. Die Papierbilanz für 1923/24 schließt mit einem Verlust von 1456069 Papierbillionen, der verhältnismäßig als „rechnerische Bilanzdifferenz“ gekennzeichnet ist, aber einem tatsächlichen Verlust von 146 Millionen Goldmark entspricht, was sich auch aus der absoluten Uebereinstimmung der Papierbilanz- und der Goldbilanz ergibt. In der Goldbilanz ist der Verlust zum Verschwinden gebracht worden durch die Verbuchung des Wertes der Konzession mit 1,8 Millionen Mark unter den Aktiven. Aus dem sich ergebenden Ueberschuß von 344000 M. wurde ein Aktientapital von 300000 M. und ein Reservefonds von 44000 M. gebildet. Diese Manipulation ist natürlich nichts anderes, als die Vorwegnahme zukünftiger Gewinne, die durchaus berechtigt sein kann, weil solche Kolonisationsunternehmungen in aller Regel zunächst mehr kosten, als sie einbringen; sie hat aber auch zur Voraussetzung, daß die Konzession sich in der Zukunft rentieren muß. Auf der anderen Seite kann eine solche Manipulation allerdings auch keine Empfehlung für die Aktionäre sein, die das Kapital für die beabsichtigte Kapitalerhöhung aufbringen sollen. Auch die übrigen Aktien mußten hoch, fast zu ihrem vollen Anschaffungswert, mit nur geringen Abschreibungen eingeseht werden, um die sehr hohen Kreditoren (14,38 Millionen Mark) in der Bilanz zu decken. Immerhin brachte das erste Jahr bereits Holzträge aus Verkäufen von 2,28 Millionen Mark und lagernde Holzschläge und Holzprodukte im Wert von 6,45 Millionen Mark, zusammen 8,73 Millionen Mark, was für das erste Ausbeutungsjahr ein beträchtlicher Erfolg und für die Zukunft aussichtsreich ist.

Das Schicksal der Reihertiegwerf. Ein Gewerkschaftsvertreter war es, der als Aktionär in der Generalversammlung der Wert auf die tieferen Gründe hinwies, aus welchen die Reihertiegwerf in die außerordentlich schwierige Lage kam, die nun schon seit Wochen die Deffektivität beschäftigt, und die Belegschaft arbeitslos gemacht hat. Mit Nachdruck betonte er, daß es weder an ausreichenden Aufträgen noch etwa an den gezahlten Löhnen gelegen habe, wenn die Wert zur Liquidation komme. Die Fehler lägen ausschließlich an der Rückständigkeit der technischen Verfahren und der kaufmännischen Leitung. Ueber die heutige Lage der Reihertiegwerf ergab sich folgendes Bild: Der Verlust für das Jahr 1924 beträgt 566000 M. Im ersten Halbjahr 1925, kam infolge des Ausbleibens der erhofften Reparaturaufträge, die immer den meisten Gewinn bringen, und weil die Kalkulationen der Schiffbauten für die Reederei Horn falsch waren, zu Verlusten von 1000000 M. Außerdem fehlen 1 1/2 Mill. Mark zur Fertigstellung der im Bau befindlichen Schiffe, für die schon große Vorauszahlungen gemacht und verbraucht sind. Die Hoffnungen auf Kredit sind zerfallen; die auf den Hamburger Staat, weil der Phönixkonzern als Großaktionär die geforderte Garantie verweigert hat, die auf das Reich, weil das Reich die Wert an den Hamburger Staat zurückverwiesen hat, die auf befreundete Banken und Reedereien, weil diese die schwierige Lage der Wert zu genau kennen, um noch Geld darauf zu riskieren. Es zeigt sich also, daß nur das Reich seinerzeit idrikt genug war, einer Industrie, die heute fast doppelt so viel Werfbetriebe hat als 1913 und tatsächlich nur zu einem Drittel der Leistungsfähigkeit beschäftigt ist, Subventionskredite zu geben, während die Interessenten sich sorgfältig vor Krediten hüten. Aber auch die Hoffnungen auf eine Sanierung sind gering. Es liegen zwar 4 Sanierungspläne vor, zwei mit inländischem, zwei mit ausländischem Geld. Aber ob einer davon zur Durchführung kommen wird, ist noch höchst unsicher. Die Verhandlungen darüber dauern noch an. Wenn sie nicht zum Erfolg führen, so bleibt nichts übrig als die Liquidation. Dann hat die älteste Reederei ein unruhliches Ende gefunden, das angesichts der durchaus günstigen Konzernverbindung mit Phönix und Benz sicher hätte vermieden werden können, wenn rechtzeitig der Betrieb auf neue Produktionen umgestellt und der Schiffbau auf ausgewählte Spezialitäten beschränkt worden wäre. Der hauptsächlichste Grund für die heutige Lage ist natürlich wieder, wie immer in solchen Fällen, die alte Stammbelegschaft, die zum Teil seit Generationen an das Werk gefesselt ist und der die Umstellung auf eine neue Erfindung deshalb besonders schwer fällt.

Zur Bekämpfung der Zollerhöhung für Sperrholz haben sich sämtliche Verbände der Sperrholzverarbeiter aus der verarbeitenden Industrie, dem Handwerk, dem Groß- und Einzelhandel zu einer Interessengemeinschaft vereinigt, die dem handelspolitischen Ausschuss des Reichstages in einer Eingabe vor Augen führt, daß die Interessen von vielen Tausenden von Betrieben mit Hunderttausenden von Arbeitsträgern nicht den Wünschen weniger, in einem Syndikat zusammengeschlossener Sperrholzfabrikanten geopfert werden dürfen. Es ist anzunehmen, daß auch in anderen Industriezweigen mit der Zeit eine ähnliche Entwicklung nicht mehr, wie bisher, künstlich hintangehalten werden kann, wie sie sich trotz der Gegenarbeit aus der industriellen Fachgruppe, die Hersteller und Verbraucher vereinigt, hier gebildet hat.

Verluste infolge unrationeller Ausdehnung. Der Verlustabfluß der Adler A.-G. für Bergbau in Kupferdreh ist von allgemeinem Interesse. Die Gründe, die zum Verlust geführt haben, sind ein Beweis dafür, wie in schwierigeren Konjunkturzeiten die durch Interessengemeinschaftsverträge garantierten Dividenden von Tochtergesellschaften die Rentabilität der Muttergesellschaft droffeln. Die Adler A.-G. für Bergbau in Kupferdreh muß nämlich mit 160000 M. Verlust abschließen, weil sie drei Tochtergesellschaften (zwei Steintohlengemeinschaften und der Aktiengesellschaft für Rheinisch-Westfälische Zementindustrie, Bedum) garantierte Dividenden im Betrage von rund 320000 M. zu zahlen hatte. Angesichts der Lage des Ruhrkohlenbergbaus hätte die Adler A.-G. für Bergbau genug zu tun gehabt, um ihren eigenen Zehnpfennig rentabel zu halten. Die Dividendengarantie für weitere Zehen mußte also zur Häufung des Risikos in sehr starkem Maße dienen, und wenn die Zementindustrie auch keine Verlustindustrie ist, so ist ihre Lage in Rheinisch-Westfalen gegenwärtig doch keine rosige. Jedenfalls sind die garantierten Dividenden für die Muttergesellschaft zur Ursache ihrer Verluste geworden, die nicht nur ihre Reserven aufzehrt, sondern auch im vorigen Jahre schon zur Abschaffung einer Kohlenhandelsbeteiligung und jetzt der 81proz. Beteiligung an der Aktiengesellschaft für Rheinisch-Westfälische Zementindustrie gezwungen haben. Während die Muttergesellschaft durch ihren Ausdehnungsdrang solche Verluste erlitt, konnten die Tochtergesellschaften Dividenden den verteilten, so die Zementindustrie 6 Proz. Die 81 Proz. der Rheinisch-Westfälischen Zementindustrie A.-G. wurden von dem Württembergischen Portland-Zement-Konzern in Württemberg erworben, der dadurch seine Stellung in der nordwestdeutschen Zementindustrie bedeutend vergrößert.

Das Lohnkonto in der Landwirtschaft.

Nachdem sich die landwirtschaftlichen Arbeitgeber trotz vieler Anpassungen monats- und jahrelang über das landwirtschaftliche Lohnkonto der Nachkriegszeit völlig ausgeschwiegen haben, kommen sie jetzt, wo sie merken, daß ein weiteres Schweigen nicht mehr verstanden wird, mit dem Guten-Morgen und sagen — ohne stichhaltiges Material dabei vorzubringen — die Löhne der Landarbeiter seien gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend gestiegen. Von verschiedenen Seiten wird sogar behauptet, die Steigerung beziffere sich auf 100 Proz.

In den nachfolgenden Tabellen geben wir einen Uebersicht über die Löhne der Deputanten in den Jahren 1913 und 1925. Die Angaben für 1913 sind einem Bericht der Zentralstelle zur Erforschung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse entnommen, den diese an das Reichsernährungsgemeinschaftsamt gefandt hat. Es ist also Arbeitgebermaterial. Die jetzigen Löhne sind in den Tarifverträgen festgelegt. Hierbei ist zu bemerken, daß wir die Deputate nach den vollen Börsenpreisen bewertet haben, eine Methode, die deshalb eigentlich nicht angewandt werden dürfte, weil der Deputatarbeiter bei der Veräußerung von Produkten nur in den allerersten Fällen den Börsenpreis bezahlt bekommt. Er wird gewöhnlich mit einem um 20 Proz. niedrigeren Preis abgemessen.

Gegenüberstellung der Jahreslöhne der Deputanten im Jahre 1913 und 1925.

Provinz	1913			1925			Mehr oder weniger als 1913
	Barlohn	Roh- und Deputat	Zusammen	Barlohn	Roh- und Deputat	Zusammen	
Sachsen (Dresden)	136,50	653,80	790,30	136,—	907,58	958,58	168,28
Sachsen (Dresden)	541,—	127,40	668,40	242,66	650,22	892,88	224,48
Sachsen (Dresden)	75,—	651,—	726,—	227,30	944,30	1171,60	445,30
Sachsen (Dresden)	340,—	552,—	892,—	340,08	764,99	1105,07	215,07
Sachsen (Dresden)	728,—	271,—	999,—	672,25	379,20	1051,45	52,52
Sachsen (Dresden)	700,—	130,—	830,—	626,75	374,18	1000,93	170,93
Sachsen (Dresden)	679,—	165,—	844,—	677,60	382,75	1060,35	216,35

Nach unserer Aufstellung ist der Gesamtlohn gestiegen. Die Steigerung ist jedoch eine scheinbare. Gestiegen sind durch die höhere Preisbemessung für landwirtschaftliche Produkte nur die Deputatlöhne. Die Steigerung der Deputatlöhne hat aber nur eine theoretische Bedeutung, weil große Deputatverkäufe durch den Landarbeiter, die ihm den guten Preisstand zugute kommen lassen würden, nicht stattfinden, sondern die ihm gegebenen Deputatmengen fast restlos in seiner Familie oerwandt werden. Maßgebend für die Beurteilung der Lebenslage eines Landarbeiters ist der Barlohn. Bei diesem sehen wir aber durchweg (nur Ostpreußen und Schleswig-Holstein bilden eine Ausnahme) ein Zurückgehen. Die Lebenslage des Landarbeiters hat sich hierdurch nicht verbessert, wie gesagt wird, sondern wesentlich verschlechtert. Am stärksten nimmt sich die Verschlechterung in Schlesien, das heißt in dem Gebiet aus, aus der das Gerede von der 100prozentigen Lohnsteigerung besonders oft zu hören ist.

Noch interessanter wird das Bild, wenn wir den Gesamtlohn eines Deputatarbeiters auf den Roggenwert umrechnen. Dabei ergibt sich dann:

Provinz	Der Lohn des Deputanten bezieht aus 10000 Pfd. Roggen?	
	1913	1925
Sachsen (Dresden)	9 879	8 609
Sachsen (Dresden)	8 355	8 117
Sachsen (Dresden)	12 825	10 640
Sachsen (Dresden)	11 150	10 046
Sachsen (Dresden)	12 487	9 580
Sachsen (Dresden)	10 375	9 099
Sachsen (Dresden)	10 550	9 689

Diese Feststellungen strafen die Behauptungen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber Lügen. Sie zeigen, daß der Verlust, die angebliche Notlage der Landwirtschaft auch mit der Lohnfrage zu beweisen, ein glattes Täuschungsmanöver ist, das sich würdig an die Täuschungsmanöver anlehnt, die man den landwirtschaftlichen Arbeitgebern in diesen Tagen in dem Zollausschuß des Reichstags nachweisen konnte. Das neue Täuschungsmanöver wirkt um so

Die Hölle.

Von Franz Rothenselder.
(Schluß.)

2.

Erst der Mittag brachte die Entscheidung eines äußeren Schicksals. Truppweise wurden die Häftlinge in einen großen Saal geführt, der einer ausgedehnten Tanzstätte glich. Nichts war da, kein Sessel, keine Bank, und die Krüppel, deren es hier mehr in Gemeinschaft zu sehen gab als sonst irgendwo in weiter Welt der Gefangenschaft, konnten sich an die Wand lehnen oder am Boden kauern — wenn sie nicht der Schmutz das Dulden körperlicher Qualen vorziehen ließ.

Auch der junge Schauspieler lehnte an der Wand und schloß die Augen. Das war zum ersten Mal, um es als Mensch und Künstler würdig, in sich aufnehmen zu können.

Zweihundert Mann mochten im Saal sein, und wer von seinen Gliedern Gebrauch machen konnte, der setzte sich mit den anderen in Bewegung und nahm an der Polonaise der Ausgestoßenen teil. Es gab Knabenheit, Jugend und Greisentum, die Mittelstufe fehlte.

Im Grund war hier nichts anderes als eine große Familie, und sehr viele der Zwangsangehörigen schienen sich auch in der Tat zu kennen. Man gesellte sich zusammen, man nahm in Reihen am Rundgang teil und, während sehr langsam, gruppenweise Leute vor das Polizeigericht gerufen und die Stunden verschwendet wurden, als hätten diese Menschen kein Anrecht mehr an Zeit und Leben, erwachte im Brunnensaal des Leichenschauhause zertretenes Menschenrecht und hob hoch, lächelnd in Demut und Schmerz, das schöne, leidverklärte Haupt.

Da gingen Menschen, die doch auch Menschenbrüder waren, barfuß mit schwarzgemordeten Füßen, junge und alte Valtzieher am Glendstarrten, Menschen mit ehrwürdigem Wallen der weißen Waden und andere, deren blühendes Gesicht über den Lumpen wie Frühlingsgeburt über Eisföhnen sieghaft lachte, und über den schönen Gesichtern des Volkes flatterte das wohlgepflegte Haar tragiger Armut. Da sprang der Kriegsbeschädigte, der nur ein Bein und keinen Kunstfuß sein eigen nannte, und neben ihm schritt ein Arbeiterjunge, um dessen Glieder Gesundheit unvernünftigen Volkes wöh. Und was hatten sich die Brüder des Glends nicht alles zuzuraunen und zu erzählen! Es klang von Weh, es fröstelte von Not, und es bligte von Schweißstücken, und ehe er sich's recht verfaß, war der Fremdling unter vogelfreiem Volk von der Welle erfasst und nahm Anteil am Rundgang und hatte das gleiche Lächeln auf den Lippen, das gleiche freundliche Funkeln in den Augen, mit dem hier Bruder den Bruder suchte und begrüßte.

Die Mehrzahl waren Altersgenossen. Er scheute sich nicht mehr vor den Lumpen. Er sah nur Augen, und in ihnen lag eine unbekannte Welt, die ihm groß und abgründig geheimnisvoll erschien.

Kein Aufseher war im Saal. Das Glend von den Verstandlosen, losen Verkommenheit genannt, war unter sich, und wo und so oft es unter sich ist, feiert es Feste, Feste im Hungerlande und im Rützel der Schmach und vor den Türen des blutäugigen Henkers.

Und dann brach es los, es quoll von selbst aus Tiefen der Lebenswunder und der vergrabenen Schönheit, es begann und ward sogleich Vollenbung, Drang und Wert von Menschen, die wissen, daß ihnen nicht Zeit zum Aufbau und Entwicklung gegeben ist, die jede Minute, jede Sekunde nützen müssen, um Leben zur Blut zu bringen, umgeben vom lauernden Schatten des Todes. Es strömte ein Gesang aus den Herzen, und niemals hatte der junge Mann, der Kunst kannte, liebte und suchte, solch ein Zusammenstimmen gefunden, solches Wirbel des leidenschaftlichen Vortrags, solche erschütternden Worte und Beissen des Gesangs. Es schien, als erzeuge und meisterte hier jeder eine eigene Stimme, und was man sang, das floß aus Türen der Mitternacht, aus dem Unbekannten, das abwärts steht vom Sittenlande der Glücklichen und das so rauschte und warb, als sei wirklich einmal ein Sohn Gottes Mensch geworden und hätte aus Blut und Verbluten Weise und Hoffen zurückgelassen, vernichtbar nur den ärmsten Teufelsgefährten, die von Menschen in Höllen gefangen sind, daß der Besitzende mehr Besitz, der Glückliche größeren Reichtum des Glücks an sich reißt.

Was hatte es zu sagen, daß ein Aufseher die Tür öffnete und mit heiserer Wut Ruhe gebot? Es zerstörte nicht den Gesang, der jäh abbrechen mußte, er wirkte weiter, er sang und klang fort, und jeder Stein und Staub hatte eine Seele gewonnen, die glühte und Feuer strömte und eine Leichenhalle zum Tempel des heiligen Lebens erhob.

Und es hatte nichts, gar nichts mehr zu bedeuten, als auch dieser Name aufgerufen wurde und sein Träger vor dem Polizeigericht stand — das einen Mißgriff als vorliegend erachtete und ohne zu verhandeln den Gefangenen entließ, mit der ersten Mahnung allerdings, er möchte sich um eine richtige Wohnung umsehen und aus dem Gefängnis dieser Nacht die Lehre von der Notwendigkeit stets äußerlich befundener ehrbarer Gesinnung ziehen.

Und es schmerzte nicht mehr, als darauf die Entlassung noch lange nicht erfolgte und dafür der eine Kommissar Fingerabdrücke nahm, der andere Belehrungen und Mahnungen gab und den freigesprochenen Menschen in beginnende Polizeiaufsicht nahm.

Die kleinen Mähen und Quälereien, die von den Beamten ernst genommen wurden, vom Opfer nicht, trafen nur ein Lächeln — das Lächeln, das hier im gewaltigen Hause, in der eigentlichen Totenhalle der großen Stadt, um aller Lippen und Wangen lag, und dessen Geheimnis noch keiner von den Männern des Rechts und der staatsverhaltenden Gefangenschaft ergründet hat.

Jemand einem unbekanntem, kleinen und harmlosen Menschen war, wie dies täglich an einem einzigen Orte vielhundertfach geschieht, eine hoffnungslos lebende Seele herausgerissen worden. Jemand einer von denen, auf die man in der Öffentlichkeit wenig achtet, weil man dazu ja gar nicht Zeit und Mühseligkeit hat, hatte ein bißchen ormes, aber gleichmäßiges Dasein zerbrochen. Eine Seele war blind geworden und zu tausend anderen weggeschlattert. Im Geschäftsgang der Polizei hat das nicht das Geringste geändert. Es ist nicht um einen Zoll anders geworden, und keine Mäherhand ist über Wände und Beden gefahren, kein Zimmermann hat den Boden gebohrt, und kein Arzt hat den Kreis seines vordauernden Wirkens erweitert.

Und trotzdem beginnt eine Geschichte — eine von denen, die das Leben nach eisernen Zwang und aus dem Geist behördlicher Befehle heraus entwickelt. Sie ist klug, einfach und nicht besonders bemerkenswert, weil sie sich täglich in dem einen oder anderen Gewande ereignet, und weil man viel Zeit übrig haben möchte, um sich mit all den Zwischenfällen zu beschäftigen, die für die Öffentlichkeit nicht von Belang sind.

Auf nach Marokko!



**Achtung! Nie wiederkehrende Gelegenheit
Für deutsche Jung- und Hakenkreuzorden!
Naturgetreue Nachahmung großer Zeit!
Prima trübfröhliches Völkermorden!
Hier wird ein richtiggehender Krieg gedreht!
Keine Ausstaffung, nur Qualität!**

**Bitte, meine Herren vom Kriegerverein!
Wollen Sie Hegreich Frankreich schlagen?
Patronen gratis! Treten Sie ein!
Lieben Sie sich in Großkampftagen!
Auf Wunsch wird nach Reglement exerziert!
Ertiklialliger Heldentod garantiert!**

**Für wen man auch hier den Degen zieht,
Ob für Franzosen, ob für Kabylien:
Meine Herren, unser Geschäft ist solid!
Ein kleines Geschäft mit größeren Zielen!
Wenn die Sache klappt, vergrößert sich's bald.
Immer rin in die Heldenverwertungsanstalt!**

3.

Der Staatsanwalt sah klar, der Verteidiger, befehl von menschlichem Ernst, mühte sich umsonst, und der Arzt gab als Sachverständiger den Ausschlag.

Ein junger Schauspieler, der bisher ein bescheidenes, aber anständiges Leben geführt hatte, war mit einem Male durch ein fernes Debut (in einem sozialen Stück) zu Erfolg und Ansehen gelangt — und hatte, als ihm die Tore des Lebens und der Kunst offen standen, in so plumper Weise einen Juwelendiebstahl begangen, daß er ohne sonderliches Bemühen der Polizei überführt und verhaftet werden konnte, um so leichter, als man im Besitz von Fingerabdrücken war.

Der Staatsanwalt erkannte den typischen Fall eines Menschen, der, obwohl ihm reichste Gelegenheit zur Arbeit gegeben war, nicht arbeiten wollte, sondern nach einem Durchkommen auf mühselose Art begehrt. Gerade das Vorhandensein von Fingerabdrücken, so meinte er, beweise, daß es sich um eine anrüchige Persönlichkeit handelte, die nicht mehr den Ruf zur Arbeit befehlen habe.

Der Verteidiger glaubte an ein Schicksal, an einen Zwang zum Handeln, für den keine äußere Erklärung vorliege, und meinte, das Weiter dem ärztlichen Sachverständigen überlassen zu dürfen.

Dieser fand keine Spur von Krankheit, es müßte denn sein, daß man das Ungezügelt der künstlerischen Veranlagung als solche deuten möchte, wozu aber geistlich nicht die geringste Handhabe gegeben sei.

Als aber der Angeklagte auf die Frage, warum er gestohlen habe, erwiderte: weil ihm das Stehlen Freude gemacht habe, und weil er sich für einen Verbrecher halten müsse, war sein Schicksal abgetan. Das jynische Lächeln, das vom Vorstehenden entrüftet gerügt wurde, verschärfte das Maß der Strafe — nach dessen Höhe es uns nicht zu fragen gelüftet.

Wir möchten andere Fragen stellen, aber wir wissen, es ist zwecklos.

Solange das Gesetz besteht, ist es Antworten schuldig geblieben, und in dieser vorbestimmten Antwortlosigkeit scheint eine der Grundlagen der Gesetze zu liegen, die für uns Menschen von begehrendem Blut Erkennen und Fassen übersteigen.

Die Durchschnittsintelligenz der Amerikaner. Die Vereinigten Staaten haben bei der Aufstellung ihres großen Volksheeres im Weltkrieg die Gelegenheit benutzt, um eine große Bestandsaufnahme alles dessen durchzuführen, was ihnen an körperlichen und geistigen Merkmalen ihrer männlichen Bevölkerung wesentlich schien. Es wurden gegen 2 Millionen Angehörige des Heeres nach dem körperlichen und geistigen Typ, nach sozialer Herkunft, Bildungsgrad und nationaler Abstammung untersucht. Die Auswertung dieses ungeheuren Materials nimmt natürlich sehr lange Zeit in Anspruch. Aber schon jetzt sind die wesentlichen Resultate in dem Werk des amerikanischen Forschers Pathrop Stoddard „The Revolt against Civilization“ zusammengefaßt worden, das demnächst auch deutsch erscheinen soll. Als Rohstoff für die Intelligenzprüfungen wird das sogenannte „geistige Alter“ genommen, das feststellt, in welchem

geistigen Entwicklungsalter der Erwachsene lebengeblieben ist, gemessen am Entwicklungsgang des durchschnittlich begabten Kindes und jungen Menschen. Es sind verschiedene Gruppen aufgestellt: Höchste Intelligenz entspricht dem geistigen Alter von 18 bis 19 Jahren, hohe Intelligenz dem von 16 bis 17 Jahren, hohe Durchschnittsintelligenz dem von 15, Durchschnittsintelligenz dem von 13, niedrige Durchschnittsintelligenz dem von 12 und niedrige Intelligenz überhaupt dem von 10 bis 11 Jahren. Das Resultat ist für den, der an die Intelligenz der Durchschnittsmenschheit glaubt, niederschmetternd. „Wohl nie vorher ist die verhältnismäßige Seltenheit hoher Intelligenz so eindrucksvoll dargetan worden“, schreibt Stoddard. „Höchste Intelligenz traf man nur bei 4½ Proz. an, hohe Intelligenz bei 9 Proz., gehobene Durchschnittsintelligenz bei 16 Prozent und den normalen Durchschnitt bei 25 Proz. Dabei entspricht dieser Durchschnitt, der hier für Erwachsene gefunden wurde, der geistigen Stufe eines normal entwickelten 13- bis 14jährigen. Die Intelligenz bei mehr als 45 Proz. der Untersuchten lag unter diesem Durchschnitt, stand also auf der Stufe der 12-, 11- und 10jährigen. „Hochbegabte“, die auf ein geistiges Alter von über 15 Jahren Anspruch machen können, fanden sich nur 13¼ Proz.“

Gebißgymnastik ist eine Forderung, die angesichts der fortschreitenden Beanspruchung des menschlichen Gebisses immer dringender wird. Die Beanspruchung der Zähne durch einfache harte Kost ist geringer geworden, seitdem sich die Lebenshaltung verfeinert hat. Die natürliche Folge hiervon ist eine Entwicklungshemmung bzw. eine Rückbildung des Gebisses, welche sich vor allem in einer geringen Wurzelfestigkeit und veränderten chemischen Zusammensetzung äußert. Denn mit herabgesetzter Leistung geht eine schwächere Blutzirkulation Hand in Hand, welche eine weiche, leicht zu Erkrankungen neigende Zahnhalsbildung bedingt. Die Zähne eines während der Entwicklungszeit verweichlichten Gebisses besitzen ein lockeres Gefüge und sind von einem schwächlichen, empfindlichen Zahnfleisch umgeben. Von der Säure, die sich unter Bakterieneinwirkung aus Speiseresten zwischen den Zähnen bildet, wird die Schmelzschicht entkalkt, so daß die gefährdete, weit verbreitete Zahnhalsentzündung kann. Das Zahnfleisch neigt zu Eiterungen, die selbst auf den Kieferknochen übertragen werden. Durch die schlechte Beschaffenheit der Zähne wird natürlich die Verdauung beeinträchtigt und schließlich der gesamte Organismus in Mitleidenschaft gezogen. Da fast 90 Proz. der Kulturbevölkerung an den Folgen der Gebißentartung leiden, muß endlich gegen das Uebel angeknüpft werden. „Rückkehr zur Natur“ kommt für uns selbstverständlich nicht in Frage. Es kann aber für die Entfaltung eines gesunden Gebisses sehr viel in der Jugendzeit getan werden. Die Zähne müssen frühzeitig geübt werden. Sie sollen Arbeit leisten, damit sie durch eine erhöhte Blutzirkulation genügend Baustoffe erhalten und dadurch erstarken. Während der Wachstumsperiode dürfen sie keinesfalls „gehöhnt“ werden, wie es so oft geschieht. Kinder sollen unbedingt harte Stoffe zu fressen bekommen, man darf niemals zulassen, daß sie z. B. Brotkrumen verschlucken! Auch eine regelmäßige „Gebißgymnastik“ ist angebracht, also Übungen, die hohe Anforderungen an das Gebiß stellen. Natürlich darf nicht erst der Erwachsene, dessen Zähne bereits fertig und vielleicht schwach ausgebildet sind, mit derartigen Übungen beginnen. Daß durch die Gebißgymnastik auch die ganze Kopfmuskulatur und schließlich auch die Willenskraft gefördert werden, sei nur nebenbei erwähnt.

